

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



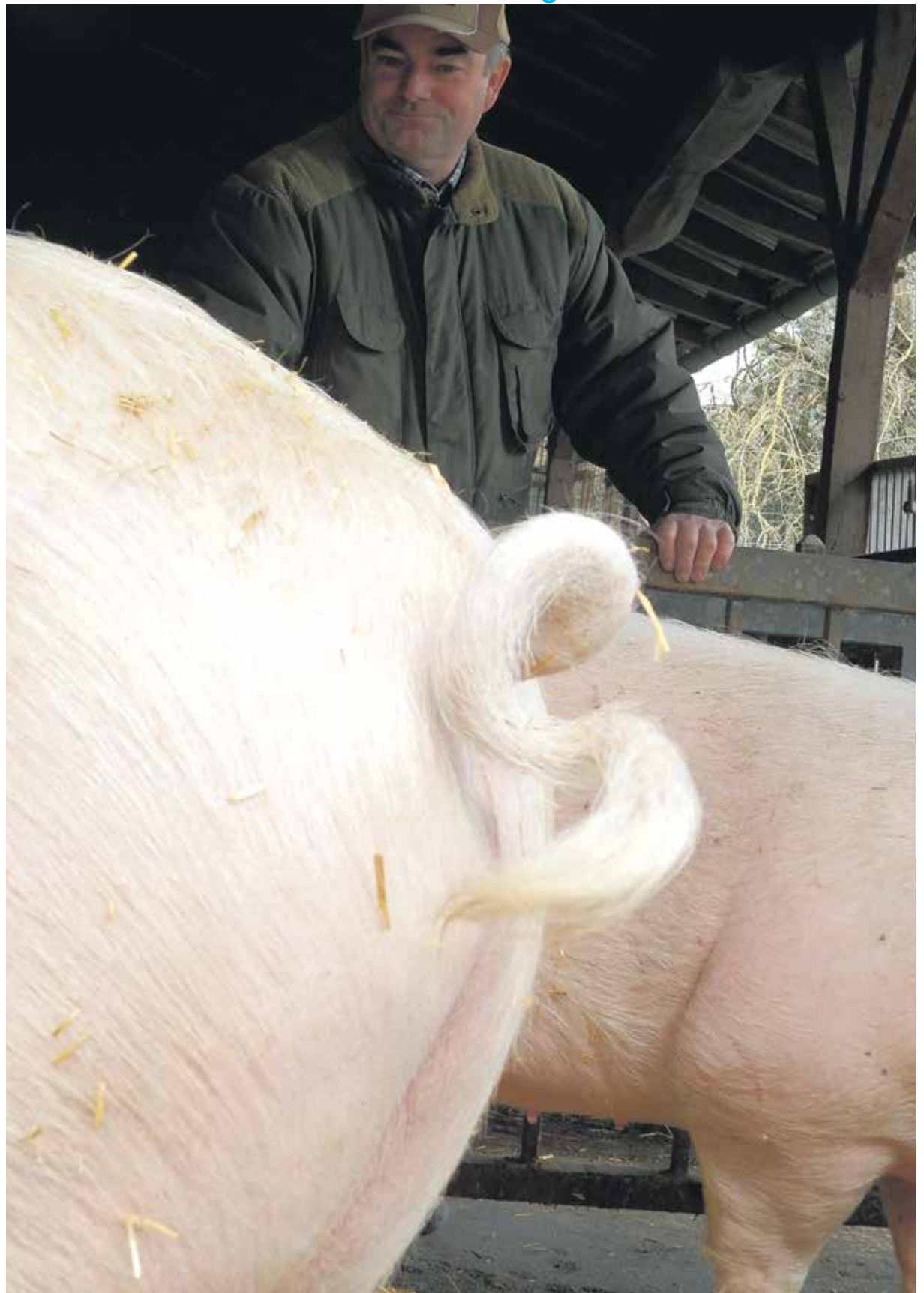
Rund um die Tierhaltung finden Diskussionen zur zukünftigen Ausrichtung statt. Die Betriebe brauchen verlässliche Einkommen, während Anforderungen zu Tierwohl und Wasserschutz steigen.



Die Rechte von Bauern und Bäuerinnen weltweit wurden beim Bauernkongress diskutiert. Hier wie andernorts, z.B. in der Türkei, geht es um Mitbestimmung, Zugang zu Ressourcen und faire Preise.



Am Milchmarkt entwickeln Milchzeuger neue Wege, um gemeinsam zu agieren. Verträge und Mengenregeln werden hinterfragt. Der Prüfbericht des Bundeskartellamts sorgt für Rückenwind.



Neue Umgangsweisen



Die Seite 3

Ermutung für Menschen im ländlichen Raum 3



Agrarpolitik

Das Herz der Freien Liste Eickmeyer 4

Umschichtung und 1. Hektare 5



Milch

Noch ein Paukenschlag 6

bei Milchverträgen mitbestimmen 7



Bewegung

Widersprüche ausgleichen 8

Zwischen Altersvorsorge und bäuerlicher Existenzgründung .. 10

Landwirtschaft in der Türkei 16

Auf neuen Wegen 17

Linsen und Regionalität. 18

Schlachtung am Hof und Forderungen für Brüssel. 18

Ohne Glyphosat 19



Schwerpunkt

„Wir brauchen eine klare Nutztierstrategie“ 11

Wie geht sauberes Wasser? 12

Das Besondere des Unspektakulären 13

„Agrarwende als Chance für bäuerliche Betriebe“ 14

Zu Besuch bei Stephan Braun und Jörg Weber Seite 9; Nachbau, Seite 15; Landleben, Seite 19; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Agrarminister seid mutig!

Es war im Januar diesen Jahres, als ich an einem verschneiten Samstagmorgen die täglichen Stallarbeiten auf dem Hof des Bruders meiner Freundin erledigte. Für drei Monate war er in den Urlaub verschwunden und gemeinsam mit meiner Freundin Regine vertrat ich ihn. Geschmeidig manövrierte ich den Frontlader des Radladers zwischen Dach und Seitenwand des Jungziegenstalles, um die darin stehende Raufe mit Heu zu befüllen – eine Routinearbeit. Doch diesmal verschätzte ich mich, ich hob den Frontlader zu weit aus und traktierte das Dach des Stalles. Die Hydraulikschläuche des Frontladers knickten am Übergang zum Anbaugerät ab und das Hydrauliköl ergoss sich über die frische Schneedecke – Scheiße! Wie gut tut es in einer solchen Situation einen Landmaschinen Schlosser um die Ecke zu haben, der einen kennt und der den Schaden am Samstagvormittag mal eben repariert.

Gleiches gilt für den örtlichen Landhändler. Sein Laden ist zwar nicht nach neusten Marketing-Kriterien durchstrukturiert, aber er hat einen spürbaren Bezug zur Region. Und: Gefühlt hat er jedes Teil in seinem Laden schon mal selbst verbaut. Entsprechend war er für uns ein wichtiger Ratgeber. Mehr noch: Egal welches Produkt, welche Maschine oder welchen Fachmann wir suchten, auch wenn er selbst nicht weiterhelfen konnte, er wusste immer, an wen wir uns wenden konnten.

Ich könnte diese Liste an Positivbeispielen für einen lebendigen ländlichen Raum noch um viele Punkte weiterführen: Der handwerklich arbeitende Schlachter um die Ecke, der auch mal einen Ziegenbock verarbeitet. Die örtlichen Kollegen, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen ohne dabei auf die Uhr zu schauen. Und nicht zuletzt die ansässigen Familienmitglieder die mit anpackten oder uns ohne zu murren einen Trecker für die „Wir haben Agrarindustrie satt!“ Demonstration ausliehen, auch wenn sie bei den Forderungen der Demo nicht komplett mitgehen konnten – Familie eben.

All diese Beispiele zeigen mir, dass bäuerliche Landwirtschaft Sinn macht. Denn sie richtet ihren Blick, neben einzelbetrieblichen Antworten in Bereichen wie Pflanzenbau und Tierhaltung, eben auch aufs Ganze. Sie lässt die soziale Frage im ländlichen Raum nicht außen vor und streitet für den Erhalt von landwirtschaftlichen Betrieben. Ja sogar dafür, dass es wieder mehr werden. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität ländlicher Räume, erhält sie lebendig.

Auch Politiker geben immer wieder vor, bäuerliche Landwirtschaft und ein lebendiger ländlicher Raum seien ihnen wichtig. Sie initiieren Labels, laden zum Dialog und geben Untersuchungen heraus. Dabei könnten sie längst handeln. Die Umschichtung landwirtschaftlicher Direktzahlungen in Höhe von jetzt 4,5 auf 15 Prozent zur Finanzierung einer gesellschaftlich akzeptierten und zukunftsfähigen Tierhaltung und Pflanzenproduktion, könnte beschlossen werden. Der Aufschlag der Direktzahlungen für die ersten Hektare von jetzt sieben auf 30 Prozent zur Stärkung kleinerer und mittlerer Höfe und damit zur Unterstützung einer vielfältigen ländlichen Struktur ist sofort umsetzbar. Wir Bäuerinnen und Bauern sind bereit für einen ökologischeren Ackerbau und eine artgerechte Tierhaltung. Aber wir brauchen einen klaren finanziellen Rahmen, der allen landwirtschaftlichen Betrieben einen langfristig gangbaren Weg aufzeigt und jungen Menschen auf dem Land Perspektiven bietet. Kurz: Wir Bäuerinnen und Bauern werden unserer Verantwortung auf dem Weg zu einer umweltschonenden, tiergerechten und sozialverträglichen Landwirtschaft gerne gerecht. Auch die Gesellschaft ist bereit. Was es jetzt braucht sind mutige Politiker, die das Richtige tun. Auf der Agrarministerkonferenz Ende März in Hannover haben Sie die Chance zu zeigen, dass es Ihnen ernst ist – Agrarminister seit mutig!

Phillip Brändle,
AbL-Bundesvorstand

P.S.: Wählt „Freie Liste Eickmeyer“

Ermutigung für Menschen im ländlichen Raum

Was würde eine UN-Erklärung der Rechte von Bauern bringen?

Vor gut 15 Jahren entstand in der Menschenrechtsarbeitsgruppe von La Via Campesina die Idee, ein eigenes völkerrechtliches Instrument für den Schutz der Rechte von Kleinbauern zu fordern. Jean Ziegler, der ehemalige UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung, hat das Thema 2009 in den Beratungsausschuss des Menschenrechtsrates eingebracht. Dort hat es die Unterstützung einiger Staaten gewonnen, vor allem der Regierung von Bolivien. Im Mai 2017 wird die eingerichtete Arbeitsgruppe wieder tagen und ihr liegt ein durch die Vorsitzende, die UN-Botschafterin von Bolivien, überarbeiteter neuer Textentwurf vor.

Leitschnur in Verfahren

Warum kann es sinnvoll sein, eine UN-Erklärung zum Schutz der Rechte von Kleinbauern und anderer Menschen in ländlichen Regionen zu erarbeiten? Ist die Zielgruppe nicht viel zu heterogen für eine gemeinsame Erklärung? Ländliche Regionen sind weltweit politisch besonders vernachlässigte Regionen. Sie erhalten oft geringe finanzielle Unterstützung und politische Aufmerksamkeit. Hier leben teilweise ethnische Minderheiten oder sozial diskriminierte Gruppen, wie ehemalige Sklaven oder Kastenlose. Ländliche Regionen werden selten technologisch oder kulturell gefördert. Diese jahrzehntelange Vernachlässigung führt zu einer schlechten oder kaum vorhandenen Infra- und Informationsstruktur (Straßen, Kommunikationsinfrastruktur, Energieversorgung, Gesundheitsversorgung, Bildungsinfrastruktur, Wetter-, Markt- und Börsen-

daten, Agrarberatung und -planung). Kleinbauernfamilien haben oft keinen Zugang zu Land, zu Banken, zu Finanzdienstleistungen und Krediten.

Ländlichen Raum stärken

Dabei sind ländliche Regionen von besonderer Bedeutung – für die Umsetzung vieler Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf angemessene Nahrung, für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele, für die Anpassung und Bewältigung des Klimawandels etc. In ländlichen Regionen werden weltweit Nahrungsmittel angebaut, wird über die Zukunft der Böden, der Wasserversorgung, der Artenvielfalt entschieden. Es gibt weltweit ca. 530 Millionen bäuerliche Familien, die mehr als 2,5 Mrd. Menschen umfassen. Es ist und bleibt erstaunlich, dass 80 Prozent aller hungernden Menschen in ländlichen Regionen leben, und dies ist nur mit der Vernachlässigung dieser Regionen erklärbar. Ländliche Regionen sind von enormer Gewalt betroffen, gegen Frauen, durch bewaffnete Gruppen, durch staatliche Repression. Gerade Führerinnen von Kleinbauernorganisationen und Landarbeitergewerkschaften werden oft bedroht, auch getötet. Die Schwäche ländlicher Infrastruktur und der Institutionen in ländlichen Regionen ist zusätzlich relevant gegenüber privaten Investoren. So wichtig diese auch für ländliche Regionen sein und staatliches Handeln ergänzen können, so konfliktiv verlaufen derzeit viele inländische und ausländische Investitionsvorhaben, wenn es keine Einbettung in funktionierende Institutionen für Pachtverhältnisse, für Flächennutzung

oder Wassernutzung gibt. Vor diesem Hintergrund könnte eine Erklärung der Vereinten Nationen, die entlang aller Menschenrechte durchbuchstabiert, welche Menschenrechte für Menschen in ländlichen Regionen von besonderer Bedeutung sind und wie sie am besten umgesetzt werden könnten, ein sehr hilfreiches Dokument sein. Sie wäre eine enorme Ermutigung für Menschen in ländlichen Regionen, da ihre Rechte bekräftigt würden. Sie könnte nationalen Parlamentariern eine wichtige Leitschnur für Gesetzgebungsverfahren sein. Sie würde es Menschen in ländlichen Regionen erlauben, auf ihre Rechte hinzuweisen, staatliches Handeln an einer solchen Erklärung zu messen und zu beurteilen. Natürlich würde sie nicht über Nacht die Machtverhältnisse in ländlichen Regionen verbessern, sie wäre aber eine Orientierung für Regie-

rungen, für Investoren und für die Menschen selbst. Auch wenn die bolivianische Regierung versuchen möchte, den Text schnell in der UN-Arbeitsgruppe anzunehmen, spricht doch viel dafür, sich mehr Zeit zu nehmen. Viele Industrieländer, hier auch insbesondere Mitglieder der EU, unterstützen die vorliegende Erklärung noch nicht. Auch die Bundesregierung hat noch große Vorbehalte gegenüber verschiedenen Formulierungen des Erklärungsentwurfs. Eine solche Erklärung müsste aber mit einer großen internationalen Zustimmung angenommen werden, um eine Strahlkraft bis in alle Länder zu haben. Sie benötigt einen breiten Konsens der Regierungen, aber auch der verschiedenen Teile der Zivilgesellschaft.

*Michael Windfuhr,
stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte*

Ein Kongress für die Bauernrechte

Vom 8. bis 10. März 2017 trafen sich in Schwäbisch Hall mehr als 400 Vertreter von Kleinbauern, Fischern, Hirten, Imkern, Indigenen, Migranten und Saisonarbeitern – also den Bevölkerungsgruppen, die bis heute mehr als 70 % unserer Nahrungsmittel erzeugen und die alle in der „Internationalen Erklärung der Rechte von Kleinbauern und anderen im ländlichen Raum arbeitenden Menschen“ als Rechteinhaber aufgeführt sind. Ein Höhepunkt des Bauernkongresses war die Rede der bolivianischen Botschafterin bei den UN und Vorsitzende der UN-Arbeitsgruppe zu Bauernrechten, Nardi Suxo Iturry, die das besondere Engagement Boliviens im Zusammenhang mit der Bauernrechteerklärung herausstellte. Der bolivianische Präsident Evo Morales stammt aus der Kleinbauernbewegung, während Nardi zu den „Bertolinas“, den progressiven Landfrauen um die legendäre Bauernführerin Bertolina Sisa, gehört. Die Einladung der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH), seiner Stiftung Haus des Bauern und Ecoland international sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen, in der Bauernrechtsfrage auf einem Kongress zusammenzuarbeiten, kam zum richtigen Zeitpunkt. Auch seine Durchführung in Deutschland war von den Veranstaltern strategisch geplant worden: Neben den heftigsten Gegnern der Erklärung, USA und Großbritannien, kommt aus dem europäischen Block bislang noch am meisten Widerstand gegen die UN-Deklaration, während Asien, Afrika, Lateinamerika mehrheitlich dafür sind. Deutschland, wichtiges und meinungsbildendes Mitglied in dem Abstimmungsprozess, hat sich in den letzten Abstimmungen auf eine Enthaltungsposition zurückgezogen. Federführend übermittelt das Auswärtige Amt die deutsche Positionierung, doch muss dieses sich mit dem Entwicklungsministerium (BMZ) und dem Landwirtschaftsministerium (BMEL) abstimmen. Während das BMZ der Erklärung grundsätzlich positiv gegenübersteht, ist das BMEL eher ablehnend. Aktuell wird von staatlicher Seite eine Stellungnahme verzögert und dies mit den notwendigen Abstimmungsprozessen innerhalb der Regierung und der EU begründet. Bis zur vierten Verhandlungsrunde der UN im Mai 2017 stände es Deutschland gut an, eine Position gefunden zu haben. Daher liegt eine große Verantwortung auf den deutschen Bauern und Bürgern. Diese gilt es jetzt wahrzunehmen, noch bevor Deutschland in die vierte Verhandlungsrunde geht. Es herrscht eine Stimmung zwischen Enthaltung und Bejahung. Somit sind von außen eingespeiste kleine Veränderungen am Text und gewisse inhaltliche Zugeständnisse möglich. Schwierig wird dies bei den fundamentalen und besonders umstrittenen Themen wie Zugang zu Land, der Forderung nach Saatgut in Bauernhand – also gegen Patentierung und Nachbaugebühren – sowie der Forderung nach fairen Preisen und gerechten Löhnen. Wir müssen und können als Bauern und Bäuerinnen Druck machen, aber wir müssen auch auf Verständnis und eine positiv und nachhaltig verankerte Zustimmung setzen. Würde heute bei den UN über die Bauernrechte abgestimmt, könnten wir durchaus gewinnen – aber in der Umsetzung wäre das Instrument schwach – und es würde es nie zum Status einer Konvention schaffen. Erst eine Konvention kann rechtlich eingeklagt werden.

*Wolfgang Hees,
AbL- und Biobauer in Baden-Württemberg
Infos unter: info@hof-am-dorfbach.de; www.global-peasants-rights.com*



Bauern und Bäuerinnen weltweit mit Blick in eine gemeinsame Richtung

Foto: Volk

Das Herz der Freien Liste Eickmeyer

Ungerechtigkeit in der Agrarsozialversicherung treibt diesen Bauern in den Unruhestand

Es ist ein aufgeräumter Hof in Dorfrandlage, der Schemmelshof von Heinrich Eickmeyer im Kreis Lippe, im äußersten Nordosten Nordrhein-Westfalens. Bevor Eickmeyer seit letztem Jahr als unglaublich reger Spitzenkandidat der Freien Liste Eickmeyer für die Agrarsozialwahl 2017 angetreten ist, war er schon bekannt als streitbarer, aber besonnener Sprecher des Arbeitskreises zur Abschaffung der Hofabgabeklausel. Stur seien sie, die Westfalen, heißt es – die Lipper stehen ihnen da in nichts nach, wenn man die Hofgeschichte und das politische Engagement dieses Bauern betrachtet. 73 wird er dieses Jahr, seit 2009 ist er Rentner. Und zumindest insofern ein bisschen im „Ruhestand“, dass er und seine Lebensgefährtin sich nun nachmittags Zeit nehmen für eine gemeinsame Kaffeepause. Die arrondierten, vom Wohnzimmer aus zu sehenden 30 Hektar Ackerflächen sind an den Nachbarbetrieb verpachtet. „Das tat in der Seele weh, als die Maschinen, der Drescher vom Hof gingen“, erinnert sich Eickmeyer.

Kompliziertes ist nicht neu

Das Aufgeben eines Betriebes erlebte er zu diesem Zeitpunkt schon zum zweiten Mal. Ursprünglich hatte er drei Kilometer entfernt den elterlichen Hof übernommen, der bis in das 14. Jahrhundert zurückging, ein Fachwerkhof mit langer Viehscheune. Doch dort sollte eine Umgehungsstraße gebaut werden. Die Gemeinde bot ihre Unterstützung zur Umsiedlung an. So verkaufte Eickmeyer 1988 den alten Hof und kaufte dafür den Schemmelshof. Einfach war die Angelegenheit nicht. „Meine Mutter musste damals als Altschreiber noch die Verträge mit unterschreiben. Und sie wollte hier in der Leopoldshöher Kirchengemeinde bleiben.“ Doch sie wurden fündig im Ortsrat Bexterhagen.

Zuchtgartenanbau

Auf dem Schemmelshof wurde reiner Ackerbau betrieben. Allerdings in besonderer Form: als Zuchtgartenanbau für das direkt benachbarte Pflanzenzuchtunternehmen W. von Borries-Eckendorf, in das 1997 die Norddeutsche Pflanzenzucht Hans-Georg Lembke KG (NPZ) als Hauptgesellschafter einstieg. Die Kulturen: Wintergerste, Winterweizen, Hafer und Raps. „Zehn Jahre ungefähr brauchte es bis

zu einer neuen Sorte“, beschreibt Eickmeyer die Abläufe. „Wenn im siebten Jahr eine Züchtung vielversprechend erschien, dann bekam ich das Saatgut, um es im ersten Schritt zu vermehren.“ Diese Saatgutgrundlage wurde eingelagert, um nach erfolgter Sortenanerkennung einen Start für die Vermehrung zur Vermarktung zu haben. Im Nebenberuf war er zudem von 1996 bis 2015 für ein Mineralfutterunternehmen als Berater und Verkäufer tätig – und somit viel unterwegs und in Kontakt mit anderen Landwirten.

Beharrlicher Gerechtigkeitsinn

Politische Arbeit war Heinrich Eickmeyer immer wichtig. Schon zu Landjugendzeiten war er aktiv und einige Zeit Vorsitzender im Kreis Lippe. Zehn Jahre lang war er Ortsvorsitzender der CDU in Leopoldshöhe, wandte sich jedoch ab, als die Einstellung von Parteigenossen nicht mehr mit seinen Überzeugungen zusammenpasste. Dem landwirtschaftlichen Ortsverein war Eickmeyer eng verbunden, 30 Jahre lang als Ortslandwirt. „Immer habe ich mich für die kleinen und mittleren Betriebe eingesetzt.“

Heinrich Eickmeyer ist bereit, für das, was ihm vernünftig und gerecht erscheint, beharrlich zu streiten. Als er mit 65 Jahren in Rente ging und den landwirtschaftlichen Betrieb aufgab, wie es in der landwirtschaftlichen Alterskasse vorgesehen ist, packte ihn der Ärger wegen des Umgangs der Sozialversicherung mit den Rückbehaltflächen. Damals durften bei Beginn der Rentenzahlungen noch vier Hektar landwirtschaftliche Flächen zur eigenen Bewirtschaftung zurückbehalten werden. Wald wurde extra gezählt, und so behielt Eickmeyer insgesamt sechs Hektar für sich. Aber es wurde alles mit eingerechnet – auch der Bach mit dem kleinen Teich hinter dem Haus: „Dabei sind die nicht fischbar und nicht schiffbar! Damals hätte ich gern ein bisschen Acker zurückbehalten.“

Sich gemeinsam wehren

Das war der Auslöser, warum Eickmeyer begann, sich agrarsozialpolitisch mit dem landwirtschaftlichen Sozialversicherungssystem auseinanderzusetzen. Der damalige Kreislandwirt Werner Seeger hatte gerade dazu aufgerufen, sich gemeinschaftlich gegen den Zwang der Hofabgabe für den Bezug von Rente aus der Alters-

kasse zu wehren. Heinrich Eickmeyer wurde zum engagierten Sprecher des Arbeitskreises zur Abschaffung der Hofabgabeklausel. „Jahrelang haben wir gekämpft. Jetzt mit der Reform 2016 haben wir wenigstens etwas erreicht: Als Ehepartner bekommt man nun Rente, auch wenn der Partner den Hof nicht abgibt. Der mögliche Rückbehalt landwirtschaftlicher Fläche wurde auf acht Hektar erhöht. Und wenn man den Hof erst später aufgibt, werden die Monate bis dahin angerechnet und erhöhen den Rentenbeitrag um je 0,5 Prozent.“ Ein kleiner Erfolg nach anstrengenden Diskussionen, unzähligen Terminen und vielen herben Enttäuschungen.

Sozialwahl anpacken

Vor zwei Jahren fasste der Arbeitskreis den Entschluss: Wir müssen die Sozialwahl anpacken, um Einfluss direkt bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) in Kassel zu bekommen. „Denn uns ist klar geworden: Da weht uns direkt von der SVLFG der Wind entgegen. Die müssten doch neutral sein. Stattdessen haben sie sich vom Vorstand öffentlich gegen die Abschaffung der Hofabgabeklausel gestellt. Bei allem ist der unheimliche Einfluss des Deutschen Bauernverbands zu spüren.“

Für die Aufstellung freier Listen zur Agrarsozialwahl gab es viel zu tun. Mitstreiter mussten gefunden werden, Voraussetzungen waren zu erfüllen und Fristen einzuhalten. Andere engagierte Leute wurden angesprochen, die sich in Verbänden wie z. B. in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kritisch mit dem Sozialversicherungssystem beschäftigen. „Wenn es aber darum geht, in der Öffentlichkeit aufzutreten, dann sind viele Bauern und Bäuerinnen erstmal untergetaucht. Das sind wir einfach nicht gewohnt. Aber wenn ich mich auch noch verdrücken würde, dann



Heinrich Eickmeyer in Aktion

Foto: Volling

passiert nix.“ Ein unterstützendes Aktionsbündnis entstand.

Anstrengend bleibt es für Eickmeyer, den die Unterstützung seiner Partnerin trägt. Er organisiert Presse- und Politikergespräche, beantwortet E-Mails, schreibt Texte: „Das habe ich nicht gelernt – sondern Ackerbau und Viehzucht.“ Mit einem unglaublich detaillierten Wissen über Daten und Zusammenhänge ist er ein gut gewappneter Diskussionspartner. Seine Überzeugung: „Ich halte sehr viel vom persönlichen Gespräch. Am Telefon können viele gut „nein“ sagen – aber einem Menschen direkt ins Gesicht fällt das schwerer.“ Was ihm besonders wichtig ist? „Alle Punkte in unserem Wahlprogramm. Aber ganz grundsätzlich geht es mir um die Durchsetzung des Gleichheitsprinzips. Eine Sozialversicherung soll Solidarität ausstrahlen – und nicht dazu beitragen, dass die Großen die Kleinen ausnutzen. Wir brauchen gerechte Beiträge für alle Höfe.“ *cw*

Wahlprogramm, Kandidaten und weitere Informationen unter www.agrarsozialwahl.de. Wählbar ist die Freie Liste Eickmeyer im Mai von allen Selbständigen ohne familienfremde Arbeitskräfte. Für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung jetzt möglichst viele Leute ansprechen und selbst den SVLFG-Fragebogen ausgefüllt zurückschicken, um einen Wahlschein zu bekommen!

Umschichtung und 1. Hektare

Es gibt Möglichkeiten bäuerliche Strukturen gezielt zu fördern – wenn man will

Schon im Vorfeld der Agrarministerkonferenz Ende März haben die grünen Landwirtschaftsminister Niedersachsens, Christian Meyer, und Schleswig-Holsteins, Robert Habeck, im Bundesrat eine Erhöhung der Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule beantragt: „Eine verstärkte Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zielt auf die gestiegenen Herausforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Räume, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie an eine zukunftsorientierte Tierhaltung ab. Ziel des Gesetzesantrags ist es daher, die im Jahr 2014 beschlossene Umschichtung von Mitteln in Höhe von 4,5 Prozent an die aktuellen Herausforderungen im ländlichen Raum anzupassen und auf die EU-rechtlich mögliche Höhe von bis zu 15 Prozent festzusetzen.“ Geeinigt hat man sich im Vorfeld der Agrarministerkonferenz auf eine Erhöhung der Umschichtung von 4,5 auf 6 Prozent, die jetzt im Entwurf zum Gesetz zur Änderung des Durchführungsgesetzes stehen.

Weiter Gießkanne

Ablehnend steht neben dem Deutschen Bauernverband auch die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag den Plänen zur Umschichtung gegenüber. Gegenüber Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt, der bisher eher zurückhaltend agiert, hat sich Bundesumweltministerin Barbara Hendricks schon im Januar klar für eine erhöhte Umschichtung ausgesprochen. Sie will das Geld qualifizieren und so mehr Umwelt- und Naturschutz auch mit den landwirtschaftlichen Betrieben umsetzen. Für eine Umschichtung eingesetzt haben sich auch die Verbände des ökologischen Landbaus unter der Führung ihres Bundesverbands BÖLW und gefordert, dass die Mittel zur Förderung des ökologischen Landbaus verwendet werden. Obwohl es eine ganze Reihe von Akteuren gibt, die eine Umschichtung befürworten, muss auch klar sein, dass ihre Interessen, für was das Geld, wenn es in der zweiten Säule ankommen sollte, verwendet wird, sehr unterschiedlich sind.

Verwendung wofür?

Auch wenn mit der Umschichtung einer lange bestehenden Forderung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hin zu einer Qualifizierung der Direktzahlungen entsprochen wird, so bleibt doch die konkrete Verwendung der Mittel offen. Über die zweite Säule ließen sich neben mehr Ökolandbau, Umweltschutz und Tierwohl auch Investitionen in neue Ställe und größere Strukturen fördern. Von nahezu keiner Seite wird innerhalb der aktu-

ellen Diskussion um die Direktzahlungen die Strukturfrage gestellt. Vor dem Hintergrund der noch immer nicht kostendeckenden Milchpreise, nach einer für viele Betriebe desaströsen Milchkrise, einem Schweinesektor, in dem viele Betriebe aufgrund zu niedriger Preise und gestiegener Anforderungen vor dem Aus stehen, also eines stark beschleunigten Strukturwandels hin zu immer größeren Einheiten muss Agrarförderung aber auch die Frage nach den zu fördernden, also den politisch gewollten Strukturen beantworten.

Erste Hektare fördern

Mit der letzten EU-Agrarreform hat die EU-Kommission Instrumente geschaffen, die es den Mitgliedsländern ermöglichen, ganz individuell kleinere und mittlere Betriebe und damit eine vielfältige Agrarstruktur mit vielen Beschäftigten und einem aktiven Leben im ländlichen Raum zu fördern. Bis zu 30 Prozent der Direktzahlungsgelder können die Mitgliedsstaaten für einen Zahlungsaufschlag für die ersten Hektare jedes Betriebs nutzen. In Deutschland könnte damit ein Aufschlag von 184 Euro je Hektar für bis zu 46 Hektar gezahlt werden. Das würde kleinere und mittlere Betriebe auf dem Bodenmarkt erheblich stärken. Geeinigt hatte man sich vor drei Jahren auf einen Aufschlag von nur 50 Euro für die ersten 30 und 30 Euro für weitere 16 Hektar. Dem Bundeslandwirtschaftsministerium war es damit gelungen, den ökonomischen Vorteil großer Strukturen, wie beispielsweise in Ostdeutschland, zu erhalten und gleichzeitig eine von der EU ansonsten vorgeschriebene Kürzung oberhalb von 150.000 Euro Direktzahlungen zu umgehen.

Neben der Umschichtung in die zweite Säule wäre es zum jetzigen Zeitpunkt auch möglich, die Förderung der ersten Hektare zu erhöhen. Eine klare Absage diesbezüglich kommt unter anderem von Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern. Der Minister kritisiert, dass eine derartige Anpassung zulasten der Direktzahlungen seines Bundeslandes ginge, denn einen Vorteil hätten Bundesländer wie Bayern, in denen es noch viele Betriebe gibt. Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern würden kleine und mittlere Betriebe gefördert, hätten bessere Bedingungen bei der Existenzgründung und am Pachtmarkt. Eine stärkere Förderung der ersten Hektare würde sich damit direkt auf die Struktur auswirken. Es wäre falsch, wenn dieser Aspekt in einem Streit zwischen den Ländern verloren ginge und am 1. August 2017 bei der EU keine Erhöhung der Zahlungen beantragt würde. 1111

Pestizide sind der günstigste Ackerbau

Über zwei Drittel der Betriebe könnten den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren, ohne einen Ertragsverlust in Kauf nehmen zu müssen. Zu diesem Ergebnis kamen Französische Wissenschaftler in einer Studie, bei der sie 946 landwirtschaftliche Betriebe in Frankreich untersuchten. Sie erfassten deren Verbrauch an Pflanzenschutzmitteln (PSM) und berechneten wie viel davon ohne Ernte- und Einkommenseinbußen reduzierbar wäre. Insgesamt ließen sich dort 42 % der PSM bei gleichem Ertrag einsparen und zwar 37 % der Herbizide, 47 % der Fungizide und 60 % der Insektizide. Veröffentlicht wurde die Studie des französischen Wissenschafterteams um den Agrarökologen Nicolas Munier-Jolain von der staatlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt INRA in Dijon im Wissenschafts-Magazin „Nature Plants.“ Eine wichtige Maßnahme für eine nachhaltigere Produktion sei eine vielfältigere Fruchtfolge, so Munier-Jolain. Auch der Anbau gesünderer Sorten und die mechanische Unkrautbekämpfung seien Ansatzpunkte. Jürgen Schwarz vom Julius-Kühn-Institut kommentierte in der Süddeutschen Zeitung, dass die Ergebnisse aufgrund der Tatsache, dass die Erhebungen schon vor Jahren und damit vor dem massiven Auftreten bestimmter Krankheiten gemacht wurden, zumindest nur noch eingeschränkt für Deutschland Gültigkeit hätten. Maria Finckh von der Universität Kassel sieht sehr wohl eine Übertragbarkeit der französischen Studie. Die Expertin für ökologischen Pflanzenschutz hält vor allem die Rolle der Fruchtfolge für erheblich. Sie wieder vielfältiger zu gestalten und damit das natürliche Widerstandspotential auf dem Acker zu stärken, sei allerdings schwierig solange Pestizide die billigere Alternative seien. av

Glyphosat ist wieder überall

Die Debatte um Glyphosat ist erneut eröffnet, noch bevor die vorläufige Zulassung Ende des Jahres ausläuft. Dabei wird mit harten Bandagen auf unterschiedlichen Ebenen gekämpft. Glyphosatbefürworter fühlen sich durch die nun veröffentlichte Studie der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) bestätigt, die kein krebserregendes, mutagenes oder die Fruchtbarkeit beeinträchtigendes Potential in dem weltweit meisteingesetzten Pestizid feststellen konnte. Sie rufen zu einer Abkehr von der politischen und ideologischen Debatte und zu einer Rückkehr auf wissenschaftsbasierte Ebenen auf. Einig sind sich Bauernverband, Industrieverband Agrar, Arbeitsgemeinschaft Glyphosat und CDU-Vertreter, dass nun der weiteren Zulassung nichts mehr im Wege stehen dürfe und die Bundesregierung ihre Enthaltungsposition aufgeben müsse. Die war zustande gekommen, weil Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) zwar für eine Neuzulassung ist, seine Kollegin aus dem Bundesumweltministerium, Barbara Hendricks (SPD) aber bislang dagegen votierte. Hendricks argumentiert, wie auch Umweltverbände und Grünen-Politiker in dem Zusammenhang, weniger mit den – auch nach der ECHA-Bewertung - zumindest umstrittenen gesundheitlichen Risiken, als mehr mit den negativen Auswirkungen des inzwischen eben sehr umfangreichen Glyphosateinsatzes auf die Artenvielfalt. Die Abl kritisiert zudem, dass Glyphosat Mittel zum Zweck eines Ackerbausystems geworden ist, was neben der Biodiversität auch Boden und Umwelt negativ beeinflusst sowie industriellen Agrarstrukturen in die Hände spielt. cs



Manchmal ist weniger mehr

Foto: Hardi

Noch ein Paukenschlag

Das Kartellamt äußert sich kritisch zu den die Bauern benachteiligenden Lieferverträgen

Milchkrisenwachstum

Eine strukturbereinigende und straffende Wirkung werden Marktwirtschaftler nun zufrieden nach dem tiefsten Loch der Milchkrise feststellen. Während in Niedersachsen die Pläne eines Bauern von 500 auf 2.000 Kühe aufzustocken, indem er drei andere Höfe übernimmt, für Aufruhr sorgt, geht es in Spanien gerade um ganz andere Dimensionen. Westlich von Saragossa beabsichtigt eine Kooperative einen Betrieb mit 20.000 Milchkühen, 900 ha Nutzfläche und 250 Mitarbeitern aufzubauen. Der spanische Via Campesina-Mitgliedsverband COAG kritisierte das Vorhaben aus unterschiedlichen Gründen. Neben der Gefahr massenhafter Keulungen im Falle von Tierseuchen, problematisierte COAG auch die strukturellen Auswirkungen. Der geplante Betrieb würde über 400 Höfe der regional durchschnittlichen Größe ersetzen und somit mehr als 700 Arbeitsplätze zerstören. Hinsichtlich des Umweltschutzes seien der immense Wasserverbrauch und die großen Mengen anfallenden Mülls problematisch. Man wolle mit einer Unterschriftenaktion gegen das Vorhaben angehen und forderte die zuständige Regionalregierung von Kastilien und León dazu auf, das Projekt zu verhindern und das „Modell einer Produktion in kleinen und mittleren Betrieben“ zu verteidigen. cs

Mit Spannung und auf Seiten der Molkereien auch mit Angst erwartet wurde der Sachstandsbericht zu den Milchlieferbeziehungen, den das Bundeskartellamt jetzt vorlegte. Diese Angst war berechtigt: Am Beispiel der größten deutschen Genossenschaftsmolkerei Deutsches Milchkontor (DMK) hat das Amt gründlich die Verhältnisse auf dem Markt für Rohmilch untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass hier ein starkes Ungleichgewicht der Marktmacht zulasten der Milcherzeuger (Lieferanten) besteht. Im Einzelnen kritisiert werden extrem lange Kündigungsfristen, Andien- und Abnahmepflicht für die gesamte Milch, die Festsetzung des Auszahlungspreises erst Wochen nach der Lieferung und ein System von Referenzpreisen. All das führt im Zusammenspiel mit teilweise monopolartigen Strukturen in weiten Regionen Norddeutschlands dazu, dass es trotz großer Unzufriedenheit der Milcherzeuger kaum Molkereiwechsel gibt. Weniger als ein Prozent der Betriebe pro Jahr wechseln, hat das Kartellamt festgestellt. Die Erkenntnisse sind für betroffene Milcherzeuger

nichts Neues, stärken aber ihre Position in der politischen Auseinandersetzung um Machtverhältnisse am Milchmarkt – und auch rechtlich hat das Kartellamt noch was im Köcher.

Empörte Milchindustrie

Bemerkenswert ist die Reaktion der Molkereibranche: In einer koordiniert wirkenden Welle der Empörung attackieren Milchindustrieverband, Raiffeisenverband und nicht zuletzt das DMK selbst den Sachstandsbericht. Von Destabilisierung des Milchsektors und Bevormundung ist da die Rede, und das DMK versteigt sich gar zu der Behauptung, seine Lieferbedingungen seien „für das Überleben der bäuerlichen Milchwirtschaft in Deutschland und für die Versorgung der Bevölkerung mit dem Grundnahrungsmittel Milch unabdingbar. Das Kartellamt zerstört den deutschen Milchmarkt.“ Und das von einem Unternehmen, das in der Milchkrise durch seine erbarmungslose Preis- und Mengenpolitik selbst massiv bäuerliche Existenzen zerstört hat! Man sieht daran aber, wie komfortabel die jetzige Situation

für die Molkereien ist, sie geben das ganze Marktrisiko eins zu eins an die Milcherzeuger weiter. So eine Position gibt die Milchindustrie natürlich nur ungern auf. Es drängt sich der Eindruck auf, das DMK habe bereits jede Hoffnung verloren, jemals die Lieferanten mit einem konkurrenzfähigen Auszahlungspreis zu überzeugen und bei der Stange zu halten. Stattdessen sollen weiterhin Knebelbedingungen und Monopolbildung die Bauern an „ihre“ Molkerei binden. Entscheidend wird jetzt sein, wie sich die Politik und die Vertretungen der Bauern in dieser Frage positionieren. MEG Milch Board und die Bayern MeG als größte Produzentenorganisationen haben den Kartellamtsbericht bereits ausdrücklich begrüßt, ebenso wie der BDM und die AbL. Vom Deutschen Bauernverband kommen eher zurückhaltende Bewertungen, obwohl der neue Milchpräsident Karsten Schmal gegenüber den Genossenschaftsmolkereien zuletzt recht deutliche Kritik äußerte.

Gesetzgeber statt Moderator

Interessant ist, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium für Montag, den 27. März, zu einem „Milchstrukturgespräch“ erstmals nicht nur Vertreter der Molkereibranche und des Bauernverbands, sondern auch von AbL, BDM und BÖLW eingeladen hat. Dabei darf sich Minister Schmidt aber nicht auf seine Lieblingsrolle als Moderator und Initiator runder Tische zurückziehen, sondern muss auch selbst aktiv gestaltend Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Milchmarkt setzen. Das Kartellamt schreibt: „Die Kooperationsmöglichkeiten, die durch das Agrarrecht für die Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte geschaffen werden, können nicht nur zur Durchsetzung besserer Verkaufspreise, sondern genauso zur Vereinbarung besonders ungünstiger Konditionen für die Erzeuger genutzt werden. Es fehlt an einem wirksamen Mechanismus, der verhindert, dass die agrarrechtlichen Ausnahmen vom Kartellrecht gegen die Erzeuger eingesetzt werden.“ Das richtet sich besonders an den Gesetzgeber in Berlin. Es geht, wie es die Pressemeldung des DMK so treffend formulierte, um das Überleben der bäuerlichen Milchwirtschaft.

Ottmar Ilchmann,
Milchbauer in Ostfriesland und
Vorstand AbL Niedersachsen



Erst 2014 investierte das DMK in Zeven, um die Milch verpulvern zu können

Foto: Beton v. Saldern

Das Sachstandspapier Milch-Lieferbedingungen des Bundeskartellamtes ist zu finden unter www.bundeskartellamt.de

Bei Milchverträgen mitbestimmen

AbL-Milchtagung zeigt mögliche Alternativen für DMK-Kündiger

Aus unterschiedlichen Regionen des Einzugsgebietes des Deutschen Milchkontors (DMK) berichteten Bäuerinnen und Bauern am ersten Montag im März auf der Milchtagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Katholischer Landjugendbewegung (KLJB) über alternative Absatzwege. Beim DMK haben nach Angaben der Molkerei die Erzeuger derzeit 25 Prozent der Milchlieferung bis spätestens Ende 2018 gekündigt.

Ansgar Stockhoff und Elisabeth Jankrift aus Glandorf bei Osnabrück haben die Milcherzeuger-Gemeinschaft (MEG) Osnabrück als wirtschaftlichen Verein gegründet. Diese MEG verhandelt im Auftrag der Mitglieder mit unterschiedlichen Molkereien über die Milchlieferung. „Festgelegt werden Menge, Preis und Qualitätskriterien. Wir bestimmen selbst mit. Darauf kommt es an“, erklärte Stockhoff. 20 Millionen Kilogramm habe die MEG Osnabrück bisher gebündelt, berichtete Jankrift. Diese MEG arbeite eng mit der übergeordneten Nord-MEG zusammen, insbesondere bei vertraglichen Fragen. Jüngst haben sie auch Berufskollegen im Münsterland-Kreis Coesfeld bei der Gründung einer eigenen Erzeugergemeinschaft unterstützt. Dort hätten sich Kollegen, die beim DMK gekündigt haben, für die rechtliche Form eines Geschäftsfeldes beim bundesweiten MEG Milch Board entschieden. Das erfordere deutlich weniger Aufwand vor Ort als eine eigenständige MEG.

Über Menge sprechen

Zuvor hatte schon Axel Walterschen vom MEG Milch Board betont, die neue

Kraft liege im „Gemeinsam“, um mit gebündelten Milchmengen die Neugestaltung von Lieferbeziehungen anzugehen. Zukünftig müssten Laufzeiten, Mengen, Preise und Qualitäten klar vertraglich festgelegt werden. Dazu brauche es MEGs vor Ort, aber auch eine Vernetzung untereinander sowie langfristig ein Dach, unter dem der Austausch mit den europäischen Nachbarn stattfindet.

Sogar Karsten Schmal, seit einem halben Jahr Vorsitzender des Milchausschusses des Deutschen Bauernverbandes (DBV), berichtete, zu den DMK-Kündern zu gehören. „Es ist erschreckend, wie weit einzelne Konzernchefs auch bei Genossenschaften von der Basis ihrer Mitglieder entfernt sind“, sagte er. Auch Bauernverband und Molkereien müssten über die Menge sprechen, wenn ein Zuviel an Milch den Erzeugerpreis nach unten drücke. Der Vorsitzende der AbL Niedersachsen, Ottmar Ilchmann, forderte Schmal daraufhin auf: „Sorgen Sie dafür, dass auch die Organisationen der Milcherzeuger wie der Bundesverband Deutscher Milchviehalter, MEG Milch Board und die AbL bei einer möglichen Branchenorganisation dabei sind, dann können wir zusammen etwas für die Milcherzeuger erreichen.“ Bisher sei die Milchpolitik von Milchindustrie und Bauernverband aber fast deckungsgleich gewesen, weshalb auch der Bauernverband für die besonders harte Krise der letzten zwei Jahre mit verantwortlich sei. Die Milchbauern bräuchten Kriseninstrumente auf EU-Ebene und Möglichkeiten, um eigenständig Druck auf die Molkereien ausüben zu können. *cu*

Schwingelgras ist Gift für Kühe

Schwingelgras ist eine in den USA viel genutzte Weidegras- und Heuart. Doch Wissenschaftler an der Universität in Clemson, South Carolina, gehen jetzt davon aus, dass Schwingelgras jedes Jahr Verluste von rund einer Milliarde Dollar verursachen könnte. Das mehrjährige Gras enthält einen Pilz, der das Wachstum der Pflanze fördert und sie widerstandsfähig macht, aber für Kühe schädlich ist. Der Pilz produziert Ergot-Alkaloide, die das Wachstum der Föten beeinträchtigen. Ausgewachsene Tiere nehmen nicht zu oder verlieren an Gewicht. Kühe werden schlechter schwanger und die Überlebensrate der Kälber ist geringer. Die Wissenschaftler versuchen jetzt herauszufinden, wann die besonders kritischen Perioden sind, in denen Rinder von Schwingelgras ferngehalten werden sollten und ob es nicht toxische Arten gibt. *ml*

Vorsicht bei der Bullenwahl

Wilhelm Spangenberg von der Arbeitsgemeinschaft Lebenslinien (ALL) forderte auf der AbL Milchtagung die Milchbauern dazu auf, bei der Auswahl von Bullen bzw. Bullensperma auf die Gefahr der Inzucht zu achten. Die Zucht der schwarzbunten Holstein Friesian-Rinder habe sich in den letzten Jahren viel zu stark auf einige wenige Bullenlinien verengt. Der durchschnittliche Inzuchtwert sei schleichend über den kritischen Wert von sechs Prozent gestiegen. Der Zuchtwert Nutzungsdauer lasse bei allen betreffenden Bullenlinien zu wünschen übrig. Neben der Gefahr von Fitnessproblemen geht es um den Verlust von genetischer Varianz und von kompletten Zuchtlinien. Es müsse dringend gegengesteuert werden; Bullenwahl sei als Chefsache zu betrachten. Die gezielte Nachfrage nach extra selektierten „Outcross“-Bullen, die möglichst geringe Verwandtschaft zu den konzentrierten Linien aufweisen, könne beim Umsteuern helfen. Die ALL stelle ein Ampelsystem für die Auswahl zur Verfügung. Sinnvoll sei auch, sich selbst an der Züchtung von Alternativlinien zu beteiligen. *cw*

Mengenregeln im Biomilchmarkt

Der Biomilchmarkt erhält durch zahlreiche Umsteller und neu einsteigende Verarbeiter Zuwachs. Ab September 2017 wird die norddeutsche genossenschaftliche Molkerei Ammerland mit rund 30 Millionen Kilogramm jährlich in die Biomilchvermarktung einsteigen. Dafür stellen zur Zeit 42 Genossen auf Biomilcherzeugung um, erklärte Geschäftsführer Ralf Hinrichs auf der Bioland Milchtagung Ende Februar in Oldenburg. Der Markteinstieg erfolge in enger Zusammenarbeit mit Bioberatern und im Austausch mit der Biomolkerei Söbbeke. Im ersten Schritt sollen vor allem bestehende Industriekunden mit Rohstoffen, wie z.B. Milchkonzentrat, beliefert werden. Als zweiter Schritt ist die Produktion von Schnittkäse für die Ammerländer- und Handelsmarken angedacht. Die vorhandene Produktionstechnik für Milchpulverherstellung könne eventuell auch gemeinschaftlich genutzt werden, um Liefer Spitzen zu meistern, so Hinrichs. Eine andere Vorsorgemaßnahme für überschüssige Anlieferung sind Mengenregelungen. Eine solche stimmt zur Zeit die Bio-Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Nord mit Söbbeke ab. Für den Fall, dass ein leichtes Überangebot besteht, soll ein A- und B-Preissystem angewendet werden. Die Molkerei würde einschätzen, welche Verarbeitungsmenge im Vergleich zu den letzten drei Jahren gut zu vermarkten ist. Für den entsprechenden Anteil bezogen auf ihre Referenzmenge aus den letzten drei Jahren bekämen die Betriebe dann den jeweils vorher verhandelten A-Preis. *cw*



Milcherzeuger erzählen von ihren neuen Absatzwegen als DMK Kündiger: v.l.n.r.: G. Reinink, E. Jankrift, O. Ilchmann, A. Stockhoff, A. Tillmann
Foto: Jasper



„Wir wollen hier rein!“, riefen Bauern und Bäuerinnen vor den Geschäftsstellen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung in Kassel (Foto) und Kiel. Zum ersten Mal überhaupt gibt es Ende Mai in der Landwirtschaft eine bundesweite Wahl zur Vertreterversammlung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Die Bauern und Bäuerinnen unterstützten mit ihren Aktionen vor den Geschäftsstellen die „Freie Liste Eickmeyer“, auf der sich Bauern, Imker und Waldbesitzer aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengefunden haben, unabhängig von den Bauernverbänden. Sie tritt an für Transparenz und Beitragsgerechtigkeit - Themen, mit der die bislang vom Bauernverband dominierte Vertreterversammlung bislang nicht punkten konnte. Foto: Volling

Mindespriese fordern!

Heiner Flassbeck, früherer Chefökonom der Vereinten Nationen war auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter, des Biolandverbands, der Mission Eine Welt, der Katholischen Erwachsenenbildung Herrieden und dem Weltladen Herrieden in den Bergwirt im fränkischen Herrieden gekommen, um zu Marktwirtschaft und Landwirtschaft zu sprechen. Sein Publikum durch seine anschauliche Sprache fesselnd, erklärte er, warum die Erzeugerpreise so stark schwanken und bei auch nur leicht erhöhtem Angebot ins Bodenlose fallen können: Die Nachfrage nach Lebensmitteln wie Fleisch und Milch sei nicht elastisch. Auch bei niedrigeren Preisen werden diese Produkte nicht stärker nachgefragt. In anderen Wirtschaftsbereichen gebe es staatliche Eingriffe um Märkte zu stabilisieren. „Das Mindeste, was sie fordern sollten, sind Mindestpreise“ rief er den Bäuerinnen und Bauern zu. Sie seien genauso machbar wie der Mindestlohn - der hätte auch keine Arbeitsplätze gekostet, sondern würde im Gegenteil die Wirtschaft ankurbeln. Deutliche Worte fand er auch zur Eurokrise. Deutschland habe mit die niedrigsten Lohnkosten, sei Exportüberschussweltmeister und damit Mitverursacher der Eurokrise: „Andere Länder kaputt zu machen mit unserem Zeug, das wir produzieren aber gar nicht brauchen - das ist menschenverachtend.“ Ein Satz, der auch für die europäischen Agrarexporte in afrikanische Länder gilt. *Isabella Hirsch, AbL-Franken*

Gentechnik-Mais verunreinigt Lebensmittel

Die genetisch veränderte Maissorte Enogen von Syngenta gezüchtet für die Ethanolproduktion, hat im US-Staat Nebraska konventionellen Speisemais (Weißmais) verunreinigt. Auch in Maismehl sind schon Verunreinigungen festgestellt worden. Enogen ist als Ethanol-Mais nicht als Lebensmittel zugelassen. Die betroffenen Farmer konnten den kontaminierten Weißmais nur noch als Futtermittel oder zur Ethanol-Produktion verkaufen. Die finanziellen Verluste tragen bislang die Farmer. Syngenta behauptet in einer Erklärung, es gäbe keinen bestätigten Verunreinigungsfall. Der Mais ist gentechnisch so verändert worden, dass die Körner Alpha-Amylase herstellen, ein hitzestabiles Enzym, das die Maisstärke zu Zucker abbaut. Das ist der erste Schritt in der Ethanol-Herstellung. Schon 1 Korn Enogen in 10.000 Speisemais-Körnern hat verheerende Wirkungen, so Jim Clark, Besitzer von Clark Specialty Grains in Götebergson, Nebraska. Kleinste Verunreinigungen „ruinierten“ den Speisemais, so Clark, da diese seine Backfähigkeit zerstörten. 2011 hatte es deshalb massive Proteste u.a. des Verbands der nordamerikanischen Müller gegeben, die schon damals Verunreinigungen und Probleme befürchteten. Trotzdem ließ das US-Landwirtschaftsministerium die GV Ethanol-Maissorte Enogen zum Anbau zu. *av*

Widersprüche ausgleichen

Selbstverständnis als zentrales Thema der AbL-Tagung Bayern

Das eigene, bäuerliche Selbstverständnis und woraus es sich speist, stand Anfang März im Mittelpunkt des Tagungsprogramms der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bayern. Worauf fahren eigentlich die „Vollgasbauern“ ab und was trägt „bäuerliche Bauern“? Wie können wir mit den Motivationen und Faszinationen in der Landwirtschaft besser umgehen? Einen Ausflug zu den ganz menschlichen Dingen, die Bäuerinnen und Bauern beeinflussen, unternahm der Bodenwissenschaftler und Psychologe Dr. Nikola Patzel. Kritisch beobachtet er die auf Technik bauende Denkweise, die den Entwicklungen in der Landwirtschaft maßgeblich zu Grunde liegt. Er rief dazu auf, sich wieder bewusst zu werden, welche Verhaltensweisen und Denkmuster die Landwirtschaft und den eigenen Hof prägen. Anschaulich beschrieb er, dass es auf den Höfen grundsätzlich darum gehe, die Balance zwischen den eigenen inneren Bedürfnissen und den äußeren Ansprüchen zu finden. Denn das Ich-Bewusstsein liege zwischen einer Innen- und einer Außenwelt, die das Selbstbild prägen.

Äußere und innere Widersprüche

Daraus ergeben sich typische Konflikte, die für Spannungen sorgen: a) widersprüchliche Rückmeldungen aus der Außenwelt, wie z. B. einerseits die langjährigen politischen Anreize, die auch zum Maßstab des Berufserfolgs geworden sind, hin zur Produktionssteigerung und zu maximalen Erträgen – und andererseits die gesellschaftlichen Erwartungen an Umwelt-, Klima- und Tierschutz; b) unterschiedliche Anforderungen in der Außen- und Innenwelt, z. B. einerseits der Versuch im Milchpreiswahnsinn mitzuhalten – andererseits die nötige Aufmerksamkeit für sich selbst und die zu betreuenden Tiere zu behalten; c) verschiedene Seiten innerhalb der Innenwelt,

die ausgelebt werden wollen, z. B. einerseits der Drang etwas zu schaffen, Wissen anzuwenden, Einfluss zu nehmen – andererseits die weiche, nachdenkliche Besonnenheit mit der Fähigkeit, fürsorglich zu bewahren und zu unterstützen.

Was hat mich im Griff?

Für diese inneren Anteile zog Patzel als Symbole die zwei griechischen Mythen des gottähnlichen Prometheus und der Göttin Demeter heran. Keiner von beiden sei schlecht – nur habe der lichtbringende Prometheus in unserer Gesellschaft einen fast ausschließlichen Platz als mächtiger Held eingenommen. Die Faszination für Wissen, Technik und Fortschritt sei groß und kenne zumindest in der Wissenschaft und Wirtschaft kaum Grenzen. Doch selbst in den bildlichen Darstellungen des Mythos sei immer auch eine Schattenseite dargestellt worden: Schließlich entstehen auch Probleme und das Gefühl der Macht, dass alles beherrschbar sei, trägt letztlich. „Wenn ich meine, ich habe etwas im Griff, dann sollte ich mich immer auch umschauen: Wo hat es mich im Griff?“, empfahl Patzel. Auf dem Land gehe es darum zu verstehen, dass jeder – Vollgasbauer oder bäuerlicher Bauer – beide Seiten in sich trägt. So könne man sie auch im Anderen wiedererkennen – um auf dieser Ebene viel stärker das Verständnis zur Gesprächsgrundlage zu machen. Nur von da aus – und nicht aus der Konfrontation heraus – sei ein ehrlicher Austausch möglich, der eventuell dem einen oder der anderen helfen kann, von einer Zerrissenheit zum eigenen Gleichgewicht zu finden. „Ein paar Bauern machen im Moment die anderen verrückt“, so Patzel. „Wenige treiben das ständige Wachstum und den Druck und haben dabei Erfolg – und die anderen wissen nicht: Sollen wir ihnen eine knallen oder niederknien?“ *cv*



Leben und wirtschaften auf den Höfen als Balanceakt

Foto: Archiv

Betriebsspiegel:

Mein Wunsch-dir-was-Hof:
50 bis 100 ha: ca halb und halb Acker
und Grünland,
Getreide, Hackfrüchte, Vermehrung
50 bis 100 Rinder (Mutterkühe); 100-300
Hühner; Haarschafe, Schweine
Besonderheiten: Ferienwohnung/Hofcafé

Ich war sehr auf das „Kontaktforum Hofübergabe“ gespannt, das Mitte Februar in Fulda als Austausch zwischen Hofsuchenden, wie mir, und Hofabgebenden stattfand. Dabei war ich mir nicht sicher, was mich erwartet. Ein Gedanke schwirrte mir im Kopf: „Wie soll ich mich präsentieren und muss ich mich präsentieren?“ Doch die Befürchtungen, sich in einem starren Rahmen zu bewegen, verfliegen bereits bei der Ankunft. Nachdem ich meinen beschreibenden Steckbrief an der Teilnehmerwand aufgehängt hatte, ging es

gleich zum Abendessen und dort zum ersten Kontakt mit den anderen.

Das erste praktisch Wichtige war die Vorstellung der bereits laufenden oder abgeschlossenen Übergabeprozesse am Freitagabend. Im Anschluss war es spannend, mit den Hofübernehmenden zu sprechen, z. B. um Fragen zum betriebswirtschaftlichen Teil einer Übergabe zu stellen. Außerdem waren die Vorstellungen von Berater- und Infoangeboten wichtig für mich, da ich noch gar keinen Überblick habe, was mich alles erwarten kann.

Leider fiel der Workshop Betriebsübergabe und -finanzierung aus, aber das führte mich glücklicherweise zum Workshop, der die menschliche Seite der Hofübergabe zum Leitthema machte. Dort leuchtete jeder in sich hi-

nein. Niemand fühlte sich gezwungen, die Aussagen waren ehrlich und frei von der Leber weg, ein wunderbares Gefühl. Am Ende sind alle Suchende, ob Abgebende oder Übernehmende.

Die Vorstellungen einer Hofübergabe sind bei mir noch etwas grob, aber das für mich Wichtigste ist, dass die Altenteiler nicht auf dem Hof bleiben. Darin sehe ich ein zu großes Konfliktpotential. Vielleicht ginge es auch, wenn die Altenteiler in einem eigenem Haus wohnen, dazu müssen beide Parteien gut harmonieren – und das kann bei jungen und alten Dickköpfen schwierig werden, was ich bereits 2007 in Australien bei einem Viehtreiber lernte. Bei ihm und später auf einer Acker- und Schaffarm erhielt ich meinen ersten Einblick in die Landwirt-

schaft. Diese Art Landwirtschaft zu leben, ein gefühlt autarkes Leben zu führen, blieb in meinen Gedanken hängen – war es für mich doch unvorstellbar in der Landwirtschaft zu arbeiten, wie ich sie aus Sachsen kenne. So entdeckte ich sie erst 2015 hier in Deutschland mit den ökologischen Betrieben wieder. Ich brach mein Studium ab und ging gleich zu einem Bauern mit Mutterkuhherde am Bodensee. Im ersten Lehrjahr folgte ich der Landwirtschaft mit Mutterkühen und stelle jetzt im zweiten auf einem Milchviehbetrieb fest, dass ich bei Mutterkühen und Acker bleiben möchte. Schweine, Hühner, Ziegen sind auch willkommen. Eine darf auf keinen Fall fehlen: meine Freundin, die zwar nichts mit Landwirtschaft zu tun hat, aber auch nicht zimperlich ist.

Eine wichtige Erkenntnis nach diesem langen Wochenende ist, dass eine Hofübergabe mehrere Jahre dauern kann und es nicht in jedem Fall beim ersten Versuch klappt. Jedem, der sich für eine Hofübernahme interessiert, möchte ich dieses Forum empfehlen, um wie ich erste Eindrücke zu sammeln, sich auszutauschen oder vielleicht einen passenden (Hof-)Partner zu finden. Ein Hof weckte mein Interesse, wir halten Kontakt und dann steht ein Besuch an. Mal schauen, was daraus wird.

*Stephan Braun,
irgendwo in Deutschland*

Auf Hofsuche

Nachhaltige Landwirtschaft fördern, die Verbraucher an der regionalen Produktion beteiligen und soziale, ökologische Netzwerke aufbauen, das sind einige der Ziele, die sich die Bürger AG Frankfurt gesetzt hat. Die Bürger AG setzt auf den regionalen Zusammenschluss einer ökologischen Produktion, den Auf- und Ausbau von Vertriebswegen und das aktive Engagement der Verbraucher. „Die Leute wollen keine Ware aus der ganzen Welt, auch keine Bioprodukte. Sie wollen ihre Ware aus der Region beziehen.“ So Joerg Weber, der neben Bernd von Lochow im Vorstand der Bürger AG ist.

Doch wie bringt man Bauern und Verbraucher zusammen? Wie baut man solche Beziehungen zwischen Stadt und Land auf, bei denen beide Seiten langfristig Verantwortung übernehmen? Die Frankfurter Bürger AG bietet als Aktiengesellschaft, die kein Interesse hat an die Börse zu gehen, auf den Namen des Käufers ausgestellte, vinkulierte Namensaktien. Somit ist eine größtmögliche Transparenz gewährleistet. Die einzelne Aktie hat einen Wert von 500 Euro. Das über den Verkauf zusammengesammelte Kapital wird zur Beteiligung an Projekten der zertifizierten Biolandwirtschaft genutzt. Weil die Mitarbeiter bisher fast alle ehrenamtlich arbeiten, kommt das Geld der Aktionäre zu 100 Prozent den Biohöfen und geförderten Projekten zugute. Allein der Ausgabeaufschlag fließt der Bürger AG direkt zu. Neben den Gründungskosten sollen hiermit die Kosten für die Herausgabe des Wertpapierprospektes und Teile der Verwaltungskosten finanziert werden.

Inzwischen gibt es eine ganze Reihe



Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften

von Projekten, die die Bürger AG durch ihre Unterstützung mit auf den Weg gebracht hat. Da gibt es die Modernisierung der Bäckerei der Lebensgemeinschaft Fleckenbühl in Frankfurt, eine neue Halle für den Biohof Steede-bach bei Marburg und ein Gebäude mit Sozialräumen für die Mitarbeiter der Biogemüseerzeuger Ackerlei vom Birkenhof östlich von Frankfurt. Aber auch der Bau einer Saatguthalle und die Einrichtung eines Schulbauernhofs auf dem Dottelfelder Hof in Bad Vilbel sowie die Errichtung einer Kühllhalle auf dem Hof Tollgrün bei Wetzlar und die Eröffnung eines Bioverbrauchermarktes östlich von Frankfurt wurden bisher mit stillen Beteiligungen unterstützt.

Damit auch zukünftig viele Projekte gefördert werden können, wirbt Joerg Weber aktuell um weitere Investoren. Das Investitionsvolumen soll von derzeit 500.000 Euro auf bis zu sieben

Millionen in den kommenden Jahren anwachsen. Ziel ist es, so Weber, den Aktionären möglichst bald eine Dividende zahlen zu können, neben dem schon jetzt vorhandenen Bewusstsein, durch das eigene Handeln nachhaltige Projekte in der Region zu fördern und diese auch direkt ansehen zu können.

Ganz frisch gegründet hat sich der Verein „Bürger für regionale Landwirtschaft und Ernährung e. V.“ Er agiert unabhängig von der Bürger AG und kann in puncto Öffentlichkeitsarbeit umfassender agieren. „Der Verein soll den Menschen zeigen, wie wichtig die Bauern, wie wichtig regionale, ökologische Kreisläufe sind“, erklärt Joerg Weber. Damit diese Erfahrungen auch im Alltag gemacht werden können, wird es durch die Bürger AG eine Regionalkarte geben, die es ermöglicht in den teilnehmenden Läden und Unternehmen vergünstigt einkaufen zu können. „Mit der Karte gibt es Vorteile

beim Einkauf im Bio- oder Hofladen, einzelnen Märkten, beim Restaurantbesuch, der Übernachtung im Bio-Hotel oder bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen beteiligter Unternehmen und Landwirte. Auf diese Weise entsteht eine sinnvolle Vernetzung und Stärkung unserer regionalen Wirtschaftskreisläufe“, ist sich Joerg Weber sicher.

mm

Betriebsspiegel

Rhein-Main-Gebiet
1.475.500 ha Wiesen, Acker und viele
Straßen und Häuser
1,5 Mio Einwohner (2013), die alle
gesund und immer mehr auch nachhal-
tig essen wollen
Viele landwirtschaftliche Betriebe, die
ihre Ware in die großen, anonymen
Warenströme einspeisen. Ganz ohne
Kontakt zum Verbraucher
Immer mehr vor allem ältere Menschen,
die mit ihrem Geld sinnvolle Projekte
unterstützen wollen.

Zwischen Altersversorgung und bäuerlicher Existenzgründung

Geschichte einer Hofnachfolgeregelung

Gegen Ende des Jahres 2011, ich war 58 Jahre alt und hatte seit 28 Jahren den Betrieb zusammen mit meiner Frau Christa bewirtschaftet, schien es uns an der Zeit, sich Gedanken über eine Nachfolgeregelung für unseren Betrieb zu machen. Unsere beiden Kinder hatten einen anderen Beruf gewählt und hatten sich in Gesprächen von einer möglichen Nachfolge auf unserem Betrieb verabschiedet. Zwischen den auch mit ihnen diskutierten Nachfolgemöglichkeiten Verkauf, Überführung in eine Stiftung oder Verpachtung entschieden wir uns einstimmig für die Verpachtung des ganzen Betriebs, also mit Wirtschaftsgebäuden und Wohnhaus.

Wir hatten den Betrieb 1992 auf Bioanbau umgestellt, angeschlossen an den Bioland-Verband. Da eine bioverbandsgebundene Bewirtschaftung bleiben sollte, sprachen wir über unser Vorhaben zunächst mit Bekannten und Kollegen aus dem Biobereich. Im Herbst 2013 meldete sich der Sohn eines in der Nähe liegenden Bioland-Hofes, der sich eine eigene Existenz aufbauen wollte. Wir kannten den Hof und seine Eltern und wussten, dass sein Bruder den elterlichen Betrieb übernehmen wollte. Im November kam es zu ersten Gesprächen. Eckpunkte mussten festgelegt werden: Pachtbeginn und Pachtdauer, welche Ländereien und Gebäude sollen genau verpachtet werden, was behält der Verpächter gegebenenfalls in eigener Regie und vor allem, wie hoch wird die Landpacht und die Miete für die Gebäude? Letzteres war für uns der schwierigste Teil, denn es war schnell klar: Wenn man marktübliche Pachtpreise zu Grunde legt, ist es nicht möglich, einen brauchbaren Gewinn zu erwirtschaften. So rechneten wir von der anderen Seite her: Was brauchen wir für unsere Altersversorgung und um unseren Teil der Festkosten für den Betrieb zu bedienen? Das legten wir als Vorschlag vor mit dem Zusatz, dass

wir für die ersten drei Jahre eine verringerte Pacht akzeptieren würden, um den Start zu erleichtern. Wir stellten Buchführungsergebnisse und frühere Planungsunterlagen zur Verfügung und Ende Februar 2014 war es dann so weit. Wir hatten eine feste Zusage für die Verpachtung unseres Betriebes ab dem 1. Juli 2015! Wir vereinbarten, dass unser Nachfolger in den kommenden Monaten auf dem Betrieb mithelfen würde und ich ihn ab 1. Juli 2014 für ein Jahr einstellte, damit er Betrieb, Technik und wirtschaftliche Abläufe kennen lernen konnte.

Für uns war das eine schwierige Entscheidung. Denn um ihm eine feste Anstellung zu ermöglichen, musste ich meinen langjährigen Mitarbeiter entlassen. Anders war das Ganze nicht zu finanzieren. Außerdem hatten wir zu dem Zeitpunkt ja noch keinen fertigen Pachtvertrag. Aber wir sagten uns: Für unseren Nachfolger ist so ein Projekt auch mit großen Risiken verbunden, dann müssen auch wir das Risiko eingehen – no risk, no fun!

Schlaflose Nächte

Für meinen Mitarbeiter konnten wir zum Glück schnell und ganz in der Nähe eine Arbeitsstelle mit Wohnmöglichkeit für seine Familie finden. Und so starteten wir gemeinsam mit unserem potentiellen Nachfolger in das Wirtschaftsjahr 2014/15. Es gab intensive Gespräche, er engagierte sich mit eigenen Ideen, es machte Spaß. Aber zum Ende des Sommers merkte ich, dass das Engagement nachließ, und schließlich, wir bereiteten gerade unseren jährlichen Kartoffeltag mit Hoffest vor, teilte er uns seine Entscheidung mit, dass er die Pacht aus gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen nicht antreten würde.

Puuuh! Da bekam ich erst einmal ein ordentliches Vibrieren und ein paar schlaflose Nächte. Ich stand ohne Mitarbeiter und ohne Pächter da! Aber dann teilte er uns auch mit, dass sein Bruder Peer Interesse habe zu pachten. Zu Hause würden seine Eltern schließlich noch etwa zehn Jahre wirtschaften. Peer hatte an etlichen unserer Vorgespräche teilgenommen, wir brauchten also nicht wieder bei null anzufangen. Aus den bisherigen Erfahrungen heraus machten wir zwei Vorschläge, die er akzeptierte und auch für gut hielt: Erstens wollten wir als Voraussetzung für weitere Gespräche eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, aus der hervorging, dass neben der Pacht auch ein ausreichender Gewinn erwirtschaftet werden kann; und zweitens wollten wir gerne, dass die Aus-



Die Iversens und ihr Pächter Foto: privat

arbeitung des Pachtvertrages durch einen fachkundigen Moderator begleitet wird. Das erste kostete Zeit, das zweite Geld – aber beides hat sich als sehr wertvolle Hilfe erwiesen!

Peer sagte gleich, dass er wegen fehlender Erfahrung die Sauenhaltung aufgeben werde. Er würde sich auf die Mast mit zugekauften Ferkeln beschränken, denn schließlich müsse er sich ja auch in den für ihn komplett neuen Kartoffelanbau und die Vermarktung einarbeiten. Schade – die Sattelschweinzucht lag mir sehr am Herzen. Aber ich war auch froh, dass klare und ja auch nachvollziehbare Entscheidungen getroffen wurden. Und irgendwie war das dann ja auch nicht mehr mein Bier.

Detailarbeit

Die Ausarbeitung des Pachtvertrags zog sich über Wochen hin. Die Trennung von Pacht für die Ländereien einerseits und Miete für Wirtschaftsgebäude und Wohnhaus andererseits war bereits geklärt. Die von uns vorgeschlagene Höhe der Zahlungen ließ auch einen ausreichenden Gewinn erwarten. Der Hofladen wurde mit verpachtet, die Photovoltaikanlage auf dem Wohnhaus und die beiden Ferienhäuser wollten wir aber als Grundlage für unsere Altersversorgung behalten. Für die Übernahme der Schweine sowie der Getreide- und Futtermittelvorräte ließ sich schnell ein Wert errechnen. Für die Bestände auf dem Acker einigten wir uns darauf, dass Peer mir lediglich den entstandenen Aufwand auslöst, der Gewinn aus seiner ersten Ernte sollte ihm zugute kommen. Für die Maschinen, die er übernehmen wollte, holten wir beim Landhandel drei Angebote ein, der Mittelwert galt als Kaufpreis. Unklar war zunächst, wie wir die fest eingebauten Maschinen und Geräte handhaben wollten. Die Unterhaltung der Gebäudehülle bleibt Sache des Verpächters. Aber was ist mit den Getreidesilos, der Mahl-

und Mischanlage, der Stalleinrichtung, der Isolierung und der Belüftungsanlage im Kartoffellager? Der Berater der Landwirtschaftskammer riet uns, alles auf den Pächter zu übertragen. Seiner Erfahrung nach kommt es gerade in diesem Punkt immer wieder zum Streit. Weil die Kaufsumme langsam ganz schöne Höhen annahm und Peer das alles ja auch irgendwie finanzieren musste, entschieden wir uns, dass er diesen Teil erst einmal mietet und später kauft. Es gab viele weitere Fragen, die beantwortet werden mussten. Auch dabei war der Moderator eine große Hilfe. Wenn die Verhandlungen an einem Punkt ins Stocken gerieten, war es gut, dass jemand von außen darauf guckte und entsprechend Anstöße gab.

Verständnis füreinander

Uns war es sehr wichtig, dass unsere Kinder, die ja irgendwann mal Besitzer des Hofes werden, laufend einbezogen wurden. Nicht nur, um die formalen Abläufe mitzubekommen, sondern auch, um Verständnis für das Projekt zu bekommen. Wir verpachten ja nicht, um möglichst viel Profit aus dem Hof zu ziehen, sondern um einer anderen Bauernfamilie die Grundlage für eine Existenz zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig etwas für unsere Altersversorgung zu tun. Wir wollten gerne, dass unsere Kinder ein Gefühl für diese nicht ausformulierten Teile der Verpachtung bekommen.

Der Beginn der Verpachtung ist jetzt eineinhalb Jahre her. Christa und ich haben uns in zwei Kilometer Entfernung ein Haus gebaut – weit genug weg für eine gesunde Distanz, nah genug dran für eventuelle Hilfeleistung oder einen kurzen Austausch auf dem Betrieb sowie für die Bewirtschaftung der Ferienhäuser. Dazu gibt es einmal im Jahr einen offiziellen Termin mit Betriebsbesichtigung und ausführlichem Gespräch. Das anfänglich ungewohnte Gefühl, dass jemand anderes in deinem „Revier“ arbeitet, Entscheidungen fällt, einiges vielleicht ganz anders macht, hat sich verflüchtigt zugunsten der Freude über unsere Entscheidung. Ordentliche Preise für Bioprodukte und zwei gute Ernten zu Beginn bescherten unserem Pächter einen guten Start. Es wird auch mal Rückschläge und Probleme geben. Wir hoffen aber, dass auf beiden Seiten die Zufriedenheit bleibt.

Heiner Iversen, Alt-, AbL- und Bioland-Bauer in Schleswig-Holstein

Betriebsspiegel:

60 ha Ackerfläche, davon 40ha Eigenland; Fruchtfolge: Klee gras; Getreide; Kartoffeln; Bohnen; Triticale mit Klee gras-Untersaat
Offenfrontstall für 200 Mastschweine, Sauenstall für 10-12 Sauen Zucht und Mast Angler Sattelschwein
eigene Getreidelagerung mit Trocknung, Mahl- und Mischanlage
Belüftungslager und Kühlraum für die Kartoffeln, Vorkeimraum, einfache Sortier- und Abpackeinrichtung
Vermarktung über Hofladen, Einzelhandel, Großhandel, Gastronomie
2 Ferienhäuser

Es muss was getan werden! Ankündigungen, dass es so nicht weiter gehen kann, gibt es genug. Es reicht an immer wiederkehrenden unakzeptablen Bildern aus vermeintlich modernen Ställen, an immer weiter und immer schneller voranschreitendem Strukturwandel, der den Begriff gar nicht mehr verdient, weil er eine moderate Geschwindigkeit beim Verschwinden bäuerlicher Betriebe suggeriert. Es gilt die gesellschaftliche Akzeptanz für die Landwirtschaft zurück zu gewinnen, mit Taten, jetzt! Es muss endlich Geld in die Hand genommen werden für den Umbau der Tierhaltung, für eine umweltgerechte Erzeugung. Es muss endlich Geld umverteilt werden auf bäuerliche Betriebe.



„Wir brauchen eine klare Nutztierstrategie“

Überlegungen zum Umbau in Landwirtschaft und Tierhaltung auf der AbL-Tagung NRW

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Nordrhein-Westfalen hatte Mitte März zum Dialog Landwirtschaft eingeladen. Als Einstieg sortierte Hugo Gödde, Neuland- und Bio- Fleischvermarktungsspieler in NRW, aus seiner Sicht die aktuelle Lage, vor deren Hintergrund sich die zur Zeit stattfindende Diskussion rund um die Tierhaltung abspielt. Mit besonderem Blick auf den Schweinemarkt unterteilte er vier Bereiche: Zum einen die viel gepriesenen Wachstumserfolge bei gleichzeitig sich verschlechternder wirtschaftlicher Lage der meisten Schweinemäster und der Sauenhalter, inklusive vieler Betriebsaufgaben; als zweites die zunehmende

Globalisierung mit steigender Bedeutung von Exportmärkten für die marktführenden Schlachtunternehmen. Drittens ein hauptsächlicher Inlandsabsatz von Frischfleisch über Rabattangebote des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) und als Viertes die anstehende Veränderungen für mehr Tierwohl auf Grund gesellschaftlich höherer Ansprüche, deren konkrete Ausgestaltung sich momentan im vielgestaltigen, unkoordinierten Chaos nicht verlässlich ausmachen lässt. „Die Lösung dafür ist, da muss die Politik eingreifen“, so Hugo Gödde. „Damit nicht im LEH alle eigene Standards vorgeben, um sich gegen die anderen zu profilieren, muss da staatlich eine Linie rein gebracht wer-

den. Wir brauchen eine klare Nutztierstrategie und klare Übergangsfristen.“

Finanzierungsideen

Um einen Umbau der Tierhaltung zu finanzieren, hatte der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik des Bundeslandwirtschaftsministeriums eine grobe Spanne mit dem optimistischen unteren Wert von drei Milliarden Euro jährlich angesetzt. Dieses Geld sei nicht bei den Bauern zu holen, machte Gödde klar. Es müsse auf anderen Wegen verfügbar gemacht werden. Sein Vorschlag: als Grundlage ein verbindliches, Klarheit vorgebendes Ordnungsrecht. Die erste Milliarde könne durch die Umschichtung von Finanzmitteln der EU-Agrarpolitik in die 2. Säule der programmgebundenen Mittel kommen, um den wesentlichen Aspekt der Umbauförderung abzudecken. Die zweite Milliarde müsse am Markt erlöst werden, u. a. durch transparente Kennzeichnung, Mehrwertvermarktung durch die gesamte Wertschöpfungskette – und die Abkehr von der Angebotsmacherei. Die dritte Milliarde sei der schwierigste Bereich. Abzuwägen sei, wie durch eine Art Umlage Geld in einen Fonds fließen könne.

Konsens ausdiskutieren

Grundsätzlich muss jedoch alles auf einem langfristig verlässlichen gesellschaftlichen Konsens aufgebaut werden. Die Diskussionen dazu seien momentan Hauptaufgabe, so Gödde – neben allen konkreten Vorschlägen zur Gestaltung

von Veränderungen. Rund um die Tierwohlanforderungen beobachte er bisher zwei verschiedene Seiten in der Auseinandersetzung, die es schwer machten zusammenzukommen: zum einen einen Großteil der Bauern und ihrer öffentlichen Vertreter, die zwar ganz richtig sagen: „Wir machen nicht alles falsch.“ Gleichzeitig bezeichneten sie sich aber, aus einer Art Hilflosigkeit heraus, mit einer blockierenden Arroganz als die einzigen mit Ahnung vom Tierwohl. Auf der anderen Seite tauchten aus dem Vielklang derer, die sich für Veränderungen in der Landwirtschaft aussprechen, z. T. auch Angriffe gegen die Landwirtschaft auf, die nicht notwendig seien. Sehr erfreut habe ihn deshalb der Vorstoß des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbands (WLV) mit seiner Nachhaltigkeitsoffensive. Auch wenn eine überraschte Skepsis bliebe: Die kritische Analyse und die Veränderungsvorschläge werte er als Zeichen, dass man es ernst meine und in den Austausch treten wolle.

Gedanken aus dem Bauernverband

Anschließend erläuterte Henner Braach, Milchbauer im Sauerland und Vizepräsident des WLV, wie das Verbands- und Diskussionspapier „Offensive Nachhaltigkeit“ entstanden ist. Sie sähen die gesellschaftlichen Anforderungen nicht als Zeitgeistphänomen, das einfach vorüber gehe. Bei den anstehenden, noch unklaren Veränderungen stünden die Landwirte mit ih-

Hintergründe:

Im März 2015 veröffentlichte der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sein Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“. Die zentrale Aussage: Sie halten „die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere für nicht zukunftsfähig“ – vor dem Hintergrund einer „verringerten gesellschaftlichen Akzeptanz der Nutztierhaltung“ auf Grund „erheblicher Defizite vor allem im Bereich Tierschutz, aber auch im Umweltschutz“, kombiniert mit „einer veränderten Einstellung zur Mensch-Tier-Beziehung“. Im November 2016 startete der WLV eine Offensive für mehr Nachhaltigkeit. Teil der Vision ist u. a. der Wunsch nach einer neu gewachsenen, vertrauensvollen Verbindung zwischen Bauernfamilien und Bevölkerung. In der Stärken- und Schwächenanalyse wird als zentrale Stärke die Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln herausgestellt. Unter den Schwächen sorgte neben der existentiellen Feststellung „Wir müssen uns verändern, weil unser bisheriges Wachstum sowohl betrieblich als auch in den Familien an Grenzen stößt“ vor allem ein anderer Satz für bundesweite Aufmerksamkeit: „Wir müssen uns verändern, weil wir als Berufsstand durch unsere Art und Weise der landwirtschaftlichen Erzeugung dazu beitragen, dass Boden, Wasser, Luft und Tiere sowie Elemente der Kulturlandschaft geschädigt werden.“ Verstanden werden solle dies, laut Braach, als das bewusste Hinschauen, wo heutige Produktionsweisen in Konflikt zu anderen Belangen stünden. Konkret wurden Leitprojekte ausgearbeitet, für die Zeitrahmen gesetzt, Ziele abgesteckt und eine jährliche begleitende Auswertung und Diskussion vorgesehen wurden. cw

Wie geht sauberes Wasser?

Verschiedenste Zuständigkeiten, Gesetze und Verordnungen – und trotzdem sind die Nitratwerte im Wasser zu hoch

Natürlich sind die hohen Nitratwerte im Grundwasser, aber auch in den Oberflächengewässern, nicht erst seit der Klage der EU gegen Deutschland aufgrund der Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie im Frühjahr vergangenen Jahres bekannt. Wasserwerke vor allem in den Intensivtierhaltungsregionen kämpfen schon lange mit dem Problem und müssen mit aufwendigen Filtermethoden die Nitratwerte unter die Grenzwerte bringen. Auch von einer Überdüngung der Ostsee, ganz maßgeblich befördert durch die Nitrat-, aber auch die Phosphateinträge aus der Landwirtschaft, die über Oberflächengewässer ins Meer gelangen, wurde immer wieder berichtet. Allein, in der Landwirtschaft hat sich bisher wenig geändert. Auf der einen Seite sind die organischen Dünger ganz klar die Grundlage einer gezielten Pflanzendüngung. Auf der anderen Seite werden sie, insbesondere die Gülle und der Geflügelmist, für Betriebe mit zu wenig eigenen Flächen zu einem ernsthaften Entsorgungsproblem. Aber auch bei einer rein rechnerisch ausreichenden Flächenausstattung ist eine fachgerechte Ausbringung mit davon abhängig, ob die Lagerkapazitäten es zulassen, auf die richtige Witterung zu warten. Dazu kommen über die Vegetationszeit verteilt noch die Gaben an mineralischen Düngern, die in der Regel auf einen selten erreichten Maximalertrag ausgerichtet sind. Nur 50 Prozent des ausgebrachten Stickstoffs erreiche die Pflanzen, so Markwart von Penz von Deere & Co, der Rest gehe in die Luft oder ins Grundwasser.

Die von der EU-Staaten 1991 beschlossene Nitratrichtlinie hat zur Aufgabe, die Wasserqualität in Europa zu verbessern. In Deutschland, so die Einschätzung der Kommission, wurde dem nicht genüge getan und es kam zur Klage wegen Vertragsverletzung. Auch vor dem Hintergrund des Klageverfahrens stehen inzwi-

schen verschiedenste die Düngepraxis regelnde Gesetze und Verordnungen zur Diskussion bzw. sind gerade verabschiedet worden.

Düngegesetz und Düngeverordnung

Die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie machen eine umfangreiche Anpassung der Düngeverordnung notwendig, sodass diese neu erlassen werden muss. Diese Änderungen bedürfen jedoch teilweise einer Ergänzung der Zweckbestimmung und der Verordnungsermächtigungen des Düngegesetzes. Daher musste zuerst das Düngegesetz entsprechend novelliert werden und in Kraft getreten sein, bevor die novellierte Düngeverordnung in Kraft treten kann. Nachdem der Bundestag Mitte Februar dem Gesetz zustimmte, tat dies wenige Tage später auch der Bundesrat. Gleichzeitig mahnte er an, dass ein wesentlicher Teil der Stickstoffüberschüsse aus der Intensivlandwirtschaft und der nicht flächengebundenen Tierhaltung stamme. Bereits beschlossen ist auch die Anpassung der sogenannten Anlagenverordnung mit der gemeinsam von Bayern und Rheinland-Pfalz erarbeiteten Regelung zum Bestandsschutz von Güllelagerstätten.

Parallel zu den Verhandlungen des Düngegesetzes wurde an der Düngeverordnung gearbeitet. Mit einem vorliegenden Regierungsentwurf wird sich der Bundestag Ende März befassen. Schon im Dezember vergangenen Jahres wurde der Verordnungstext der EU-Kommission zur Notifizierung zugesandt. Beschlossen werden könnte das gesamte Düngepaket nach Einschätzung des Bundeslandwirtschaftsministeriums bis zur Sommerpause. Zu Irritationen bezüglich des zügigen Abschluss der Verhandlungen kam es weil Vertreter der grün geführten Agrarressorts aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein in einem Bund-

Länder-Gespräch überraschend einige inhaltliche Änderungsanträge zur Düngeverordnung angekündigt hatten.

Gräben, Gruppen, Niedersachsen

Während auf Bundesebene verhandelt wird, plant in Niedersachsen das Umweltministerium durch strengere Regelungen die Wasserqualität zu verbessern. Zu einem Aufschrei führte vor allem die geplante Einführung von bis zu fünf Meter breiten Schonstreifen entlang von Gewässern, auf denen weder Pflanzenschutz noch Düngung gestattet sein soll. Dies sei ein Beitrag zu der europarechtlichen Verpflichtung, spätestens bis 2027 an allen Gewässern einen guten ökologischen Zustand zu erreichen, sagte der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel. Viele der in der Kritik stehenden Veränderungen ergäben sich ausschließlich durch Anpassungen an Bundesrecht. Vor allem in den Marschgebieten sind nicht ganzjährig Wasser führende Gräben und Gruppen teilweise alle zehn Meter in den Äckern und Wiesen angelegt. Nach Berechnungen

des Landvolkes Niedersachsen würde ein Fünf-Meter-Streifen an Gewässern insgesamt den Verlust von 80.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bedeuten. Inzwischen haben sich das Ministerium und die Verbände schon mehrfach zu Gesprächen getroffen. Dabei ließ unter anderem Werner Hilse vom Landvolk verlautbaren, dass seiner Einschätzung nach die Nitratreinträge in Oberflächengewässern durch eine großflächige Überdüngung entstehen würden, nicht durch Abschwemmungen. Für Ackerstandorte zeigte sich Hilse dafür offen, einen Gewässerrandstreifen als Grünland stehen zu lassen. Das Ministerium betont, dass für die Entwässerungsregionen Ausnahmeregelungen geplant seien. Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft war der niedersächsische Landesvorsitzende Ottmar Ilchmann an den Gesprächen beteiligt. Er fordert, dass man auch den Einsatz präziser Ausbringungstechnik gesondert berücksichtigen müsse. In diesem Fall könne ein Randstreifen von einem Meter durchaus genügen. *mm*



Lagerkapazitäten müssen ausgebaut werden

Foto: Fliegl

Fortsetzung von Seite 11

ren Anliegen jedoch ziemlich allein da. Der Wunsch, sich einfach auf die Wissenschaft zu verlassen, trage nicht. Denn „die Spitzenwissenschaftler, die nach wie vor unsere Spitzenkräfte, die Kammerberater und die Berufsschullehrer ausbilden – die erklären nun: So sei die Landwirtschaft nicht zukunftsfähig. Die gleichen Leute, die maßgeblich zu der Entwicklung beigetragen haben, sind so schnell damit fertig.“ Es ginge deshalb darum, selbst den Takt zu bestimmen und sich nicht treiben

zu lassen. Vor einer Stärken- und Schwächenanalyse sei eine Vision formuliert worden, „um vor Augen zu haben: Da wollen wir hin.“ Die öffentlichen, z. T. sehr ehrlich benennenden Aussagen gingen manchen Bauern zu weit, sie empfinden sie als unerträgliche Kritik an ihrem Lebenswerk. Das Gespräch über die Inhalte und die Gestaltung von Veränderung sei anstrengend, meinte Braach: „Es sind turbulente innerverbandliche Prozesse – aber wir haben lange nicht so intensiv miteinander diskutiert. Es geht um

das Selbstverständnis – das ist eben eine ganz besondere Dimension.“

Entschleunigen und reden

Hugo Gödde kam auf das Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Ausgangspositionen und Geschwindigkeiten zurück: „Das ist ein ganzes System, und dann fangen wir an jeder Ecke zugleich an und schieben alles ineinander. Wir müssen uns da entschleunigen.“ Vielen könne es auf der einen Seite nicht schnell genug gehen, aber auf der anderen Seite seien

die, die es umsetzen müssten, die Bauern, noch nicht damit durch. Viele bräuchten etwas mehr Zeit, damit im Kopf die Bereitschaft zur Veränderung entsteht – und um ihre Sicht und eigene Vorschläge einzubringen. „Wir müssen Übergänge schaffen, dafür müssen wir Ideen sammeln und miteinander diskutieren“, ermunterte Gödde, der vorher schon gewarnt hatte: „Aber ab sofort dürfen wir nicht mehr weiter wachsen, weil das nur wenigen nützt und den Druck, auch für den Einzelnen, erhöht.“ *cw*

Das Besondere des Unspektakulären

40 Schweine, 60 Hektar, 300 Hühner, Stroh, frische Luft und eine Bauernfamilie

Aufgeregtheit ist seine Sache und die seiner Schweine nicht. Heinrich Rodenberg ist ein Bauer, der sich nicht so leicht aus der Ruhe bringen lässt. Dabei ist der Hof im niedersächsischen Völksen bei Springe vor den Toren Hannovers, den er mit seiner Frau Christine und mit seinem erwachsenen Sohn Karsten bewirtschaftet, auf den ersten Blick nicht das, was betriebswirtschaftlichen Beratern unter dem Stichwort Zukunftsbetrieb einfallen würde. Schließlich sind es nur um die 40 Schweine, die in den Ställen in Dorflage träge Mittagsschlaf halten. Keine Erweiterungsmöglichkeiten, mitten unter Dorfbewohnern, die unter Umständen immer weniger Verständnis für schweinische Düfte und landwirtschaftliches Rumoren haben könnten – über betriebliches Größenwachstum braucht man hier aus offensichtlichen Gründen schon gar nicht nachdenken. Für Rodenberg spielte und spielt das aber auch sowieso keine Rolle, es entspricht weder seinem Naturell noch seiner Vorstellung von Zukunftslandwirtschaft. 1994, die Rodenbergs wirtschafteten noch in einem Sauenstall mit 70 Tieren auf Stroh, kam er in Kontakt mit Beratern, die damals für Neuland-Betriebe in Sachen artgerechter Tierhaltung akquirierten. „Die Frage war, zupachten und aufstocken“, sagt Rodenberg, „oder das Naheliegende: zu Neuland.“ Ob es die richtige Entscheidung war, beantwortet er mit dem Hinweis darauf, wie viele Kollegen seitdem aufgehört haben. Die Altgebäude ließen sich besser für

Mastschweine als für Sauen umbauen, um die Ausläufe zu realisieren. Zudem begann die Idee einer direkten Vermarktung zu wachsen. Rodenbergs Frau Christine entwickelte den kleinen Hofladen, der in den Keller des Bauernhauses zog. Dort gab es Dosenwurst, allerdings fragten die Leute auch immer schon nach frischem Fleisch, Braten, Hack, Würsten, ... Warum also nicht den Schritt in die eigene Vermarktung wagen?

Schweres Schwein

Es war nicht einfach, einen Metzger zu finden, der die mit 200 bis 250 kg bewusst alt und groß gewordenen Schweine schlachtete, und Rodenbergs mussten mehrfach wieder wechseln – der Strukturwandel lässt auch in der landwirtschaftlichen Fleischverarbeitung grüßen. Schlussendlich tat sich eine Lösung auf, die zu dem Betrieb passt. Ein ausgebildeter Metzger signalisierte seine Bereitschaft, die Tiere zu verarbeiten, wenn Rodenbergs auf dem Hof eine Wurstküche und einen Kühlraum einrichten würden. Gesagt, getan, 2002 wurde der Plan umgesetzt. Die Schweine werden nur zum Töten ins 50 km entfernte Bokenem gefahren, ein Wermutstropfen, seit mit dem Schlachthof Hannover die letzte nahe Schlachstätte schloss. Die Hälften landen dann im rodenbergschen Verarbeitungsraum und werden vom Metzger zu Teilstücken nach Kundenwünschen verarbeitet. Vorbestellungen sind bis ein paar Tage vorher möglich, in den drei Tagen nach der Verarbeitung wird abgeholt.

Was nicht sofort verkauft wird, landet in der Wurst oder in der Kühltruhe. Vierzehnmal im Jahr finden so jeweils drei Schweine – mehr schaffen der Metzger und seine „Hilfskraft“ Rodenberg nicht – ihre Abnehmer. Auch die Tiefkühlware findet nach und nach noch Spontankäufer. Und die Dosen – immerhin 600 bis 700 pro Schlachtung – werden über inzwischen sieben Wiederverkäufer im Umkreis und mit der neuesten, letztjährigen Errungenschaft der Rodenbergs, einem Automaten in der Hofauffahrt, an den Mann und die Frau gebracht. Der Automat sei eine gute Investition gewesen, sagt Rodenberg, wenn er auch heute einen mit Kühlung kaufen würde. Die Fächer sind bestückt mit Dosenwurst, Kartoffeln oder Keksen aus dem Hofladen und eben auch mit Eiern vom Hof.

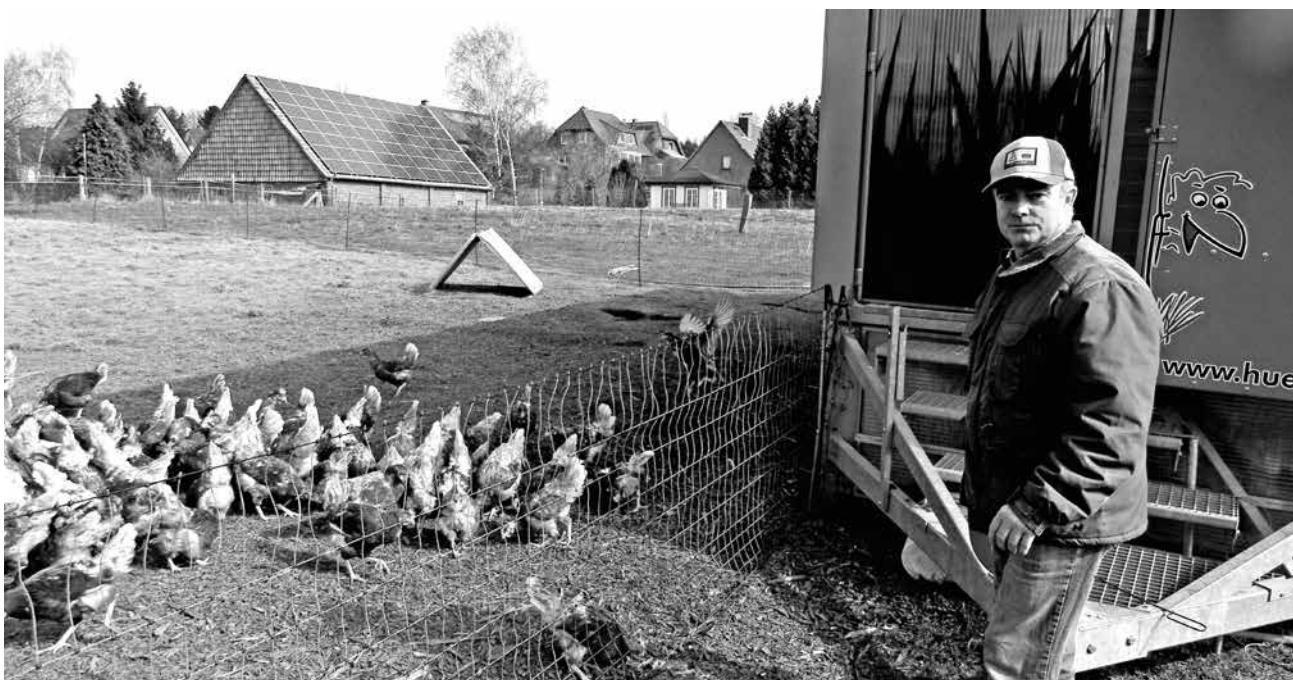
Mehr Mobilställe

Legehennen sind ein weiteres Standbein des rodenbergschen Betriebs. Nachdem Sohn Karsten, nach Landmaschinenmechanikerausbildung und Fachschule vor vier Jahren in den Betrieb mit einstieg, war der nächste Schritt der Betriebsentwicklung die Anschaffung eines Mobilstalles für 225 Legehennen, 100 sind dazu noch im ehemaligen Abferkelstall untergebracht. Die Vermarktung erfolgt ausschließlich ab Hof, etwas anderes würde eine Packstellennummer erfordern, die wiederum bauliche Veränderungen, zusätzlichen und hier unerwünschten Aufwand erfordern würde. „Wir merken aber, dass um uns herum jetzt einige Betriebe Mo-

bilställe angeschafft haben, die zudem die Eier auch günstiger verkaufen können“, sagt Rodenberg. Sie müssten mindestens 35 Cent für das Ei nehmen, schließlich sei das Futter nach Neulandrichtlinien ohne Importfuttermittel und damit auch ohne Gentechnik. Zudem legen die Hühner in der extensiveren Haltung kaum mehr als 300 Eier im Jahr. Bis auf das zugekaufte Kartoffeleiweiß, das nötig ist, um die Qualität der Aminosäurezusammensetzung zu garantieren, kommt das Futter nicht nur nicht aus Übersee, sondern von den 60 Hektar des rodenbergschen Hofes. Schon durch die Schweinefütterung, für die die gleichen Kriterien gelten, hat Rodenberg Erbsen im Anbau und eine eigene Mal- und Mischanlage. Seit letztem Jahr ist er damit als Demobetrieb auch Teil des niedersächsischen Eiweißfutterprojektes. Deshalb probiert er unterschiedliche Sorten, Winter- und Sommererbsen, mechanische und chemische Unkrautbekämpfung.

Qualität überzeugt

Es sind eher die kleinen Schrauben, an denen die Rodenbergs drehen, weniger ist oft mehr. Die betriebliche Unabhängigkeit von anonymen Vermarktungsstrukturen wirkt ganz offensichtlich beruhigend. „Wir machen doch die Preise, wie wir sie brauchen“, sagt Rodenberg. Fördermittel wie aus der Brancheninitiative oder auch die Ringelschwanzprämie, die er jetzt beantragt hat, spielen nur eine untergeordnete Rolle. „Die Leute honorieren das, was wir machen“, sagt der Bauer, „die Haltung kommt gut an und wenn die Leute einmal die Qualität des Fleisches ausprobiert haben, dann kommen sie immer wieder.“ Die 2,99 Euro, die das Kilo Koteletts im Supermarkt kosteten, seien ja auch nicht der Wert, sondern nur die Zahl, die Aldi vorschreibe, schmunzelt Rodenberg. Bei ihnen kosten die teuersten Filetteile 20 Euro das Kilo. Trotzdem könnten sie noch häufiger schlachten, so groß ist die Nachfrage. So werden es denn wohl auch ein paar mehr Schweine werden, ein luftiger Hüttenstall ist aufgestellt, mehr Tiere beim Ferkelerzeuger bestellt. Der wählte die bisher zwölf pro Gruppe für die Rodenbergs immer besonders aus. „Ich nehm immer nur Jungs“, sagt Rodenberg, „die sind ruhiger als Sauen.“ Wohl wahr, von Unruhe ist hier nirgendwo etwas zu merken. cs



Endlich dürfen Rodenbergs Hühner nach der Geflügelpest-Stallpflicht wieder raus

Foto: Schievelbein

„Agrarwende als Chance für bäuerliche Betriebe“

Was ist für Niedersachsens grünen Landwirtschaftsminister Christian Meyer jetzt angesagt?

Unabhängige Bauernstimme: Herr Minister Meyer, Sie sind Gastgeber der nächsten Agrarministerkonferenz (AMK). Mit dem Vorsitz haben Sie auch die Möglichkeit, die Initiative zu ergreifen. Was haben Sie sich vorgenommen?

Christian Meyer: Es wird auf der AMK um die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 gehen. Aus meiner Sicht ist dabei besonders wichtig, dass endlich Geld in die richtige Richtung fließt – nämlich an bäuerliche Betriebe insbesondere für die ersten Hektare. Außerdem sollen Um-

welt- und Tierschutzleistungen stärker gefördert werden. Wir wollen eine nationale Nutztierhaltungsstrategie, die honoriert, dass Kühe auf der Weide grasen dürfen, Schweine und Geflügel artgerecht gehalten werden. Grundsätzlich gehen derzeit die meisten Prämien an die, die eine nicht gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung betreiben. Wir brauchen eine Umverteilung von Groß nach Klein im ersten Schritt, denn in bäuerlichen Betrieben lassen sich Tierschutz und eine artgerechte Tierhaltung besser umsetzen als in Großbetrieben. Tausend Kühen kann ich beispielsweise kaum Weidegang ermöglichen.

Es gibt aktuell ein Zeitfenster, in dem die Umsetzung der EU-Vorgaben zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) national angepasst werden kann. Gemeinsam mit Ihren grünen Länderkollegen haben Sie eine Bundesratsinitiative gestartet, um 15 Prozent der Mittel aus der 1. Säule in die 2. Säule umzuschichten. Sie wollen explizit bäuerliche Betriebe im Land stärken. Wäre zu diesem Zweck nicht eine Erhöhung des Aufschlages auf die ersten Hektare ein mindestens ebenso wichtiger Schritt?

Da läuft die Frist jetzt zum 1. Juli ab und der Bundesrat hat gerade eine moderatere Umschichtung von der 1. in die 2. Säule beschlossen, nämlich sechs Prozent. Das sind immer noch 80 Mrd. Euro, die wir ausgeben können für bäuerliche Betriebe und mehr Tierschutz. Niedersachsen hätte gern mehr gehabt und auch mehr Geld für die ersten Hektare. Immerhin hat ja auch Bundesminister Schmidt nun anerkannt, dass Flächenprämien keine ausreichende Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe gewährleisten, die Tierhalter kommen da einfach nicht vor. Für die Erhöhung des Aufschlages auf die ersten Hektare gibt es diesjährig keine Signale von der Bundesregierung, CDU und SPD lehnen das ab. Wir grünen Agrarminister haben uns in unserem Papier dafür ausgesprochen.

Niedersachsen ist Vorreiter in Sachen Umbau der Tierhaltung in Deutschland. Mit dem Tier-

schutzplan gibt es einen konkreten Fahrplan. Was müsste auf Bundesebene passieren?

Schmidt hat angekündigt, es solle allen Tieren besser gehen. Er hat ein Placebo-Label vorgestellt, für das es erst Kriterien geben soll, wenn er womöglich gar nicht mehr im Amt ist. Er bleibt ein Ankündigungsminister. Niedersachsen und die anderen Bundesländer wollen eine verpflichtende Kennzeichnung für die Haltung auf tierischen Produkten. Bislang sind Eier das einzige Produkt, auf dem die Wahrheit draufsteht. Die Verbraucher honorieren das. In Niedersachsen hat jetzt erstmals die Zahl der erzeugten Eier aus Freiland- und Bio-Legehennenhaltung die der Käfigeier überholt, das geht damit einher, dass die Bestände kleiner werden. Wir fördern diese Art der Haltung, haben gerade erreicht, dass Mobilställe genehmigungsfrei gestellt werden können. Auf Bundesebene muss das Baurecht so geändert werden, dass offene Strohställe leichter genehmigt werden können. Es müssen drei Mrd. Euro mobilisiert werden, so wie es der Wissenschaftliche Beirat in seinem Bericht festgestellt hat. Und dann müssen die Vorschläge, die die Kommission, die Schmidt zur Erarbeitung einer Nutztierhaltungsstrategie „Eine Frage der Haltung“ erarbeitet hat, umgesetzt werden. Ich fürchte, das wird die Lobby nicht zulassen. Aber dazu soll Schmidt jetzt auch auf der AMK in Hannover berichten. Vorsitzender der Kommission war ja mein Amtsvorgänger Gert Lindemann von der CDU und mit Uwe Bartels, auch einem Amtsvorgänger von mir von der SPD, haben wir uns in Niedersachsen zusammengetan und auch noch mal gesagt, wie es gehen kann: indem wir fördern, verbieten und gesellschaftliche Bündnisse für einen neuen Agrarkonsens schmieden.

Wie ist zu gewährleisten, dass die bäuerlichen Betriebe für ihren Mehraufwand einer artgerechten Tierhaltung auch angemessen bezahlt werden?

Ein sehr erfolgreiches Beispiel ist da die Ringelschwanzprämie, die wir Ende 2015 in Niedersachsen eingeführt haben. 93 Prozent der Betriebe haben bei unangekündigten Hofkontrollen intakte Ringelschwänze vorweisen können und dafür 16,50 Euro pro Tier bekommen. Ab Mai wird es ein Siegel für zertifizierte, gentechnikfreie Weidemilch geben, entstanden aus einem Chartapro-

zess mit allen beteiligten Verbänden von AbL bis NABU sowie den Molkereien mit festgelegten Kriterien, für deren Einhaltung die Bauern mindestens fünf Cent mehr pro Liter bekommen sollen. Ich hoffe, dass die Verbraucher diese Milch, bei der sie wie bei den Eiern auch erkennen können, wie sie produziert wurde, dann auch kaufen.

Nochmal zur Ringelschwanzprämie, die sich eigentlich Mäster und Sauenhalter teilen sollten. Mäster haben immer wieder Schwierigkeiten, Ferkel mit intakten Schwänzen zu bekommen. Auch unter dem Aspekt, dass die Sauenhalter in der jüngsten Vergangenheit zu den am meisten gebeutelten landwirtschaftlichen Betrieben zählten, muss es nicht noch gezieltere Anreize für sie geben, ihre Tiere artgerecht zu halten?

Niedersachsen hat als erstes Bundesland jetzt gerade die Genehmigung von der EU-Kommission für eine Prämie, die ein freies Abferkeln, also ohne Fixierung der Sau in der Bucht, mit 150 Euro pro Sau fördern wird, bekommen. Und es wird tatsächlich auch eine zusätzliche Prämie von fünf Euro für intakte Ringelschwänze für Ferkelerzeuger geben. Im geschlossenen System kann ich also auf 21,50 Euro pro Tier kommen. Die Beratung der Betriebe erfolgt aus erheblichen Landesmitteln. Wir sehen in der Förderung einer artgerechten Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben mit Mitteln aus der 2. Säule der GAP eine große Chance für eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft. Mehr Platz für die Tiere und bessere Förderung löst auch Umweltprobleme. Unstrittig ist doch auch, das haben wir jetzt auch wieder im Zusammenhang mit den festgestellten Nährstoffüberschüssen in bestimmten Gebieten gesehen, dass wir um Bestandsabstockungen nicht drum herum kommen. Eine Agrarwende, in der konsequent Tierwohl gefördert wird, löst auch Umweltprobleme und hat positive Effekte auf den Markt. Sie ist aus meiner Sicht unumgänglich und ist die Alternative zu immer weniger Betrieben und einer Zunahme der Massentierhaltung. Die Agrarwende ist eine Chance für bäuerliche Betriebe. Wir stehen da noch am Anfang, aber die Energiewende hat auch Jahrzehnte gebraucht, um umgesetzt zu werden.

Vielen Dank für das Gespräch! cs



Davon hätte Minister Meyer gerne mehr: Schweine in Stroh und Auslauf
Foto: Schievelbein

Saatgut – Gemeingut

Wie erhält man Saatgut als einen elementaren Grundwert einer Gesellschaft ?

Auf dieser Seite geht es oft um die Nachbargebühren. Es geht um das Landwirteprivileg, um das autoritäre, einschüchternde und aushorchende Verhalten der Saatgut-Treuhand. Es geht um die Interessen großer Saatgutkonzerne gegenüber Landwirten, die ihre eigene Ernte nachbauen wollen.

Viel seltener geht es um das Wesen und die Bedeutung des Saatguts als solches und als Grundlage einer Gesellschaft, die in der Lage ist, sich selbst zu versorgen. Dem Saatgut kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu, steht es doch am Beginn der landwirt-

schaftlichen Tätigkeit. Diese ist allerdings nicht der Beginn des Saatguts. Das ist durch Zucht, gezielte Kreuzungen und Selektion über viele Generationen von Züchtern immer weiter entwickelt worden. Ein Prozess, der auch heute nicht endet. Welche Bedeutung diese Züchtungsarbeit in der Realwirtschaft hat, welche Verantwortungen auf den unterschiedlichen Ebenen vom Züchter bis zum Verbraucher entstehen und dass etwa auch eine Gesellschaft als Gesamtheit durchaus auch von Züchtung profitiert, sich also auch an deren Finanzierung beteiligen sollte, das versucht

die Studie „Saatgut – Gemeingut“ der Sektion für Landwirtschaft am Goetheanum zu erklären.

Ganz bewusst distanziert man sich von den großen Zuchtunternehmen, die das Saatgut als ihre persönliche Ware begreifen und daraus weitreichende Eigentumsansprüche ableiten, insbesondere, wenn sie sich den Zugriff auch noch durch Patente sichern. Dennoch kommt man auch in gemeinnützigen Systemen nicht ohne eine Finanzierung der Züchtungsarbeit aus. „Baut ein Landwirt eine Sorte nach, weil sie seinen Wünschen und den Qualitätsanforderungen seiner Abnehmer besser entspricht als irgendeine andere Sorte und ihm einen sicheren Deckungsbeitrag garantiert, gehört dem Züchter fairerweise ein Entgelt. Wird jedoch der Nachbar kontrolliert, entsteht rasch ein polizeistaatähnliches System, das das Verhältnis zwischen Landwirten und Züchtern vergiftet – ein Verhältnis, das eigentlich auf Partnerschaft beruhen sollte!“ So wird das scheinbare Dilemma in der vorliegenden Studie beschrieben. Eine Auflösung liefern die Autoren in der Beschreibung einer zukünftigen, gesellschaftlich getragenen, als Kulturgut verstandenen Züchtung. Zum Beispiel ließe sich über einen Kulturpflanzen-Promill auf den gesamten Nahrungsmittelumsatz eine dem Gemeinwohl verpflichtete Züchtung finanzieren.

Die Studie beschränkt sich jedoch nicht alleine auf die Vorstellung möglicher Finanzierungsmodelle alternativer Züchtung. Vielmehr leitet sie im ersten Teil das Wesen von Gemeinnutz, die Eigenschaften von Nutzergemeinschaften und deren Bedeutung für eine ökologische Pflanzenzucht her. In einem weiteren Kapitel werden ausführlich die bestehenden gemeinnützigen Züchtungsinitiativen in Europa und deren Probleme durch verschärfte Regeln und beschnittene Privilegien beschrieben. In letzten Kapitel widmen sich die Autoren ausführlich der Situation in den Entwicklungsländern. *mn*

Zu beziehen ist die Studie Saatgut – Gemeingut von Johannes Wirz, Peter Kunz und Ueli Hurter für 15 Euro plus Versandkosten bei der Sektion für Landwirtschaft: sektion.landwirtschaft@goetheanum.ch oder als PDF unter: http://www.sektion-landwirtschaft.org/fileadmin/landwirtschaft/Saatgut_Gemeingut/saatgut_gemeingut.pdf



Nachbau-Mail

Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) kommt nun auch online auf die Höfe. Die Nachbarbauklärung könne ab jetzt auch per e-mail gemacht werden, so der Tenor eines Schreibens das wiederum per mail bei einer Anzahl von Bauern und Bäuerinnen eingegangen ist. Woher die STV die mailadressen hat, bleibt ihr Geheimnis. Erneut, wie schon auch in ihren guten alten postalischen Schreiben, verweist sie darin auf das sogenannte Vogel-Urteil. Demnach sollten Bauern und Bäuerinnen unaufgefordert tätig werden und sich von sich aus bei der STV melden, um nicht eventuelle Schadenersatzleistungen zu riskieren. Um diese durchsetzen zu können, müsste die STV allerdings Anhaltspunkte und Fakten vorlegen. Einfach nur von einer Massenmail sollte sich jedenfalls niemand beeindrucken lassen und sich bei Fragen an die Interessengemeinschaft gegen die Nachbargebühren und Nachbarbaugesetze wenden. *cs*



Brauereien wollen alles - Kein Patent auf Bier!

Foto: Cartäuser/pixelio

Kein Patent auf Bier!

Ein zivilgesellschaftliche Bündnis aus 32 Organisationen – darunter die AbL - fordern in einem Aufruf an die Politik endlich wirksame Verbote, die Patente auf Pflanzen und Tiere aus konventioneller Züchtung verhindern. Konkret wendet sich ihr Protest ganz aktuell gegen drei Patente für die Brauereikonzerne Carlsberg und Heineken, die 2016 vom Europäischen Patentamt (EPA) erteilt wurden. Sie umfassen Braugerste aus konventioneller Züchtung und deren Verwendung durch die Brauereien sowie das damit produzierte Bier. Patentiert wurden damit Mutationen im Erbgut der Braugerste, die deren Braueigenschaften verbessern sollen. Technisch gesehen sind die dabei verwendeten Verfahren längst bekannt und damit weder erfinderisch noch neu. Trotzdem hat das EPA die Patente erteilt. An diesem Beispiel zeigt sich, dass das EPA nach wie vor Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere vergibt. Im November 2016 hatte die EU-Kommission eine rechtliche Klarstellung abgegeben, dass „im Wesentlichen biologische Verfahren“ nicht patentierbar sind. Um rechtlich bindend zu sein, muss diese Klarstellung in der Auslegungsverordnung des Europäischen Patentübereinkommens verankert werden. Dem haben die EU-Mitgliedstaaten Mitte Februar im Europäischen Rat für Wettbewerbsfähigkeit zugestimmt. Das ist ein großer Erfolg für die Bewegung gegen Patente auf Leben. Jetzt müssen die Regierungen des EPA-Verwaltungsrates dafür sorgen, dass es nicht bei Symbolpolitik bleibt, sondern Patente auf konventionelle Züchtungen vollständig verboten werden. Die AbL und die Kampagne fordern den zuständigen Justizminister Maas auf, die bestehenden Schlupflöcher schnellstmöglich zu schließen und rechtlich wirksame Grenzen zu ziehen. „Kein Patent auf Bier“ muss nun durchgesetzt werden. *av*
<http://www.no-patents-on-beer.org/del>

Landwirtschaft in der Türkei

Die türkische bäuerliche Bewegung hat bei ihrer Selbsthilfe mit Widerstand zu kämpfen

Karotten auf Krankenschein

Ein Pilotprojekt in Los Angeles mit mehr als 500 Familien (überwiegend lateinamerikanischer Herkunft und mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze) bekamen über Gesundheitszentren Gemüse „verschrieben.“ Sie mussten an Kochkursen teilnehmen, bevor sie das Gemüse auf Rezept erhielten. Über die Organisatoren, die Nichtregierungsorganisation „Wholesome Wave“, bekam eine vierköpfige Familie tägliche Gutscheine im Wert von vier US-Dollar, die ausschließlich für Obst und Gemüse ausgegeben werden konnten. Familien mit geringem Einkommen sind auf Sonderangebote und billige Lebensmittel angewiesen. In den USA sind das meist kalorienreiche, aber nährstoffarme Produkte wie zuckerhaltige Frühstückscerealien, die schon bei Kindern zu Übergewicht und Diabetes führen. „Gemüse auf Rezept“ ist außerdem psychologisch wirksam: Es ist kein freundlicher Ratschlag, sondern eine ärztliche Verschreibung, die ernst genommen wird. Das Ergebnis nach sieben Monaten: Der Gemüse-/Obstverzehr nahm bei 69 % der Teilnehmer zu, 45 % verringerten ihren Body-Mass-Index (BMI). Die Projektverantwortlichen hoffen, das Programm auch in diesem Jahr finanzieren und ausweiten zu können. Sie sehen eine gute Chance, dadurch die Aufwendungen für medizinische Behandlungen zu senken. ml

Die Landwirtschaft der Türkei ist von einer großen Vielfalt geprägt: Von mediterranen Regionen mit Oliven- und Zitrusplantagen bis hin zu Weidewirtschaft in Hochgebirgsregionen sind im Land zwischen Europa und Asien fast alle Arten der Landwirtschaft zu finden. Neben der reichen bäuerlichen Kultur und einer Vielzahl von regionalen Besonderheiten in Produktion und Verarbeitung ist die Türkei Heimat bedeutender Nutzpflanzen. Insbesondere Getreide hat seinen evolutionären Ursprung nahe der Türkei. Über das Land verteilt findet sich eine Vielfalt an verschiedenen Getreidesorten, die auf kleinen, bäuerlich bewirtschafteten Betrieben bewahrt werden. Diese Vielfalt ist allerdings nicht selbstverständlich – wie überall in Europa hängt sie von engagierten BäuerInnen und KonsumentInnen ab, die den Wert der bäuerlichen Landwirtschaft kennen und dafür eintreten. In Zeiten politischer und wirtschaftlicher Umwälzungen ist dieses Engagement wichtiger denn je zuvor.

Staatsfeind bäuerliche Selbsthilfe

In der Region Aegen an der Küste trifft Adnan Çobanoğlu, Bauer und Mitglied des Vorstandes der „türkischen AbL“, Çiftçi-Sen. Er bewirtschaftet einige Hektar mit Speisewein. Sein Bericht über Çiftçi-Sen ähnelt eher einem Justizkrimi als der Geschichte einer Bauernbewegung. Anfang der zweitausender Jahre initiierten engagierte Bäuerinnen und Bauern die von staatlichen Organisationen unabhängige Bauernvertretung. Historisch ist die türkische Landwirtschaft von staatlichen Kooperationen für bestimmte Produkte geprägt gewesen, in denen Bauern mitentscheiden konnten. Diese wurden ab den siebziger Jahren zu-

nehmend privatisiert und die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sanken damit einhergehend rapide. In Çiftçi-Sen wollte man sich für eine bessere Verhandlungsposition gegenüber dem Agrarhandel zusammenschließen und auch politisch Einfluss nehmen. Dies scheiterte am Veto des Staates – dieser erklärte unabhängige Bauernvertretungen schlicht für illegal. Mehrere Jahre vor verschiedenen Gerichten führten letztendlich zur – eingeschränkten – Zulassung von Çiftçi-Sen. Heute haben sie geschätzt 4.000 Mitglieder.

Politik gegen die Tradition

Dass es Çiftçi-Sen nun offiziell gibt, ist wichtiger denn je. Denn staatliche Maßnahmen der sonst so traditionsbewussten Regierung der AKP fördern alles andere als bäuerlich-regionale Landwirtschaft. In vielen Regionen fallen Felder dem Bau-Boom – das Rückgrat der türkischen Wirtschaft – zum Opfer. Energieprojekte und Autobahnen versiegeln die landwirtschaftliche Grundlage Boden. Parallel dazu soll die Produktion gesteigert werden. „Wir haben ein unglaublich großes kulturelles Erbe an verschiedenen Kulturpflanzen. Doch der neuen Strategie der Regierung stehen diese im Weg. Neues Saatgut muss es sein, von Saatgutunternehmen“, sagt Adnan und schüttelt den Kopf. In Sachen Nachbaugesetzgebung will das türkische Agrarministerium noch einen Schritt weiter gehen als Deutschland, mit der Einführung eines absoluten Verbots des Nachbaus. „Wer die Quittung für das gekaufte Z-Saatgut nicht vorzeigen kann, bekommt keine staatlichen Subventionen. Und diese wären immerhin 50 Prozent der Kosten für Diesel, also für Bauern nicht irrelevant.“ Viel Gehör findet man auf politischer Seite

für die bäuerlichen Belange nicht. Die vielen Jahre vor Gericht haben Çiftçi-Sen Kraft gekostet, die eigentlich zum Aufbau der Organisation nötig gewesen wäre. Aber es finden sich Orte der Hoffnung. Ich sitze zusammen mit Burak Mehmed, dem Mitbegründer der Bäckerei Eppek, in einem Café in Istanbul. Viel Zeit hat er nicht, der neue Laden befindet sich gerade im Aufbau. Burak hat gemeinsam mit Freunden eine Bäckerei in Istanbul aufgebaut, die Brot aus traditionellen türkischen Getreidesorten bäckt. Das Getreide kaufen sie direkt bei den Bauern und lassen es im Dorf mahlen, bevor es nach Istanbul kommt. Burak kennt alle Bauern persönlich. „Ein Müller hat extra für uns wieder angefangen zu arbeiten. Er hatte nicht gedacht, dass jemals wieder jemand lokal Getreide mahlen möchte.“ Sein Projekt ist noch klein – doch zusammen mit anderen Projekten in Istanbul sind es Ausgangspunkte für den Zusammenhalt von Bäuerinnen, Bauern und KonsumentInnen für den Fortbestand bäuerlicher Landwirtschaft. Burak selber möchte nicht immer in Istanbul bleiben. Nach seinem Politikstudium hat er auf dem Hof einer Vorsitzenden von Çiftçi-Sen eine Ausbildung gemacht und will seine Bäckerei in wenigen Jahren abgeben, um mit seiner Frau gemeinsam selber Getreide zu erzeugen. Er habe Hoffnung für die türkische Landwirtschaft: „Wir sind noch nicht viele Engagierte, aber wir werden immer mehr. Der Rückhalt und die Unterstützung, die wir beim Aufbau unseres Projekts erfahren haben, stimmen mich hoffnungsvoll. Auch wenn die Politik uns ein paar Steine in den Weg legt.“

Sebastian Kufmann,
junge AbL



Çiftçi-Sen Demonstration für höhere Erzeugerpreise

Foto: Ciftci-Sen

Auf neuen Wegen

Bericht über die Frühjahrstagung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft

Solidarische Landwirtschaft
sich die Ernte teilen

Neue Wege gehen – Solawi als Teil gesellschaftlicher Transformation“, unter diesem Motto stand vom 10. bis 12. Februar die sechste Frühjahrstagung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft. 120 Menschen machten sich auf den Weg nach Steyerberg in Niedersachsen, um gemeinsam zu erkunden, was das „Neue“ am Konzept der Solidarischen Landwirtschaft ist und welches Potential es hat, positiv auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu wirken.

Vorfinanzierung der Betriebskosten, transparente Budgetplanung, Bieterverfahren, freie Entnahme, Mitwirkung der Verbraucher*innen – Solawi birgt für viele Bäuerinnen und Bauern Chancen und Herausforderungen zugleich: Chancen, den Betrieb zu entwickeln, Wertschätzung zu erfahren und die Existenz des Betriebes unabhängig vom Marktgeschehen zu sichern. Aber es bedeutet auch, sich auf Veränderungen einzulassen, das eigene Tun und die Bedürfnisse zu kommunizieren und Neues zu wagen. Die meisten Verbraucher*innen engagieren und beteiligen sich an Solidarischen Landwirtschaften, weil sie dieses Modell als eine Lösung für viele Missstände im Nahrungsmittelsektor ansehen. Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, ökologische und ethische Aspekte spielen dabei eine große Rolle, ebenso das Bedürfnis nach sinnvollerem Tun. Viele dieser Missstände haben ihre Ursache in der Art und Weise, wie unser Wirtschaftssystem funktioniert, dass Lebensmittel als Waren gesehen werden, für die der „freie“ Markt den Preis bestimmt.

Lebensgrundlagen sichern

Am Freitagabend stellte Gunter Kramp in seinem Vortrag das Motto der Tagung vor und leitete aus der konkreten Bedrohung unserer Lebensgrundlagen die Notwendigkeit her, eine andere Art des Wirtschaftens zu entwickeln. Besonders sollten dabei die geteilten globalen Güter (Commons), zu denen auch die Luft, das Wasser und die Bodenfruchtbarkeit gehören, berücksichtigt werden. Solidarische Landwirtschaften können als Experimentier- und Lernfelder für eine bedürfnisorientierte Ökonomie dienen, die Verantwortung für die Erhaltung der Commons übernimmt. Bei Wolfgang Stränz ging es am kommenden Morgen um eine veränderte Sicht auf Recht und Organisationsformen. Sich zu fragen, was der andere braucht, und bei Problemen gemeinsam nach Lösungen zu suchen, sind Aspekte eines neuen Verständnisses von Recht, das nicht auf Schuld und Anspruch, sondern auf Vertrauen und Ver-



Viele interessierte und motivierte Menschen beim Netzwerktreffen

Foto: SOLAWI

antwortung beruht. Im Anschluss vermittelte die Sprechwissenschaftlerin Sandra Marx Handwerkszeug für gelingende Kommunikation in Gruppen. Aus eigener Erfahrung beim Aufbau einer Solawi konnte sie sehr viele praktische Hinweise geben, wie Vertrauen und Verantwortungsbereitschaft gefördert werden können. Wie man auch neue Wege gehen kann, um die Bodenfruchtbarkeit im Gemüse- und Ackerbau durch Bodenbedeckung zu erhalten und zu erhöhen, schilderte der Agrarwirt und Berater Jan-Hendrik Cropp und stellte Anbausysteme zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit durch Bodenbedeckung im Gemüseanbau und Ackerbau vor.

Nachhaltig Wirtschaften

Norbert Berthold von der Akademie für Solidarische Ökonomie stellte in seinem Workshop verschiedene „Transformationspfade“ für ein zukünftiges nachhaltiges Wirtschaften vor. Zusammen mit den Teilnehmenden wurde diskutiert, welche Elemente dafür wichtig sind. Solawi hat den Anspruch auch im sozialen Miteinander „neue Wege“ zu beschreiten. Im Workshop von Michaela Kaiser und Michael Pörtner über „Possibility Management“ ging es darum, wie wir – aus einer Kultur der Konkurrenz und des Egoismus kommend – fähig werden, kooperativ und vertrauensvoll zu werden und zu handeln. Nichts weniger als das Arbeiten an den eigenen, oft unbewussten Emotionen und Glaubenssätzen ist dafür notwendig.

Viele Themen

Im weiteren Verlauf des Wochenendes konnten sich die Teilnehmer über viele

Themen austauschen. Darunter gab es ein solidarisches Kaffeeprojekt mit Mexiko, Diskussionsrunden zu gemeinschaftlich getragener Produktion auch in Non-Food-Bereichen und Solidarischer Ökonomie, Vorstellung von Biomeilerbau und Methoden zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit. Besonders auf Interesse stießen die Fragen zum Umgang mit rechten Tendenzen und den vermehrten Anfragen von Forschungseinrichtungen. Zur konkreten Unterstützung von Solawis wurde sich über Organisationsstrukturen, Saatgutgewinnung, sowie IT-Tools und Webanwendungen für Solawis ausgetauscht. Zu einigen Themen haben sich fortlaufende Arbeitsgruppen gebildet. Der Seminarort Lebensgarten in Steyerberg hatte selbst auch noch einiges Interessantes zu bieten. Unter anderem gab es eine Führung durch den Permakultur-Park, der hier seit einigen Jahren am Entstehen ist und für Bildungsangebote genutzt wird.

Auch dieses Mal war das Netzwerktreffen ein Ort der Begegnung von erfahrenen Landwirt*innen und zumeist jungen Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen möchten. Die Atmosphäre ließ einen Hauch der gesellschaftlichen Transformationskraft von Solidarischer Landwirtschaft erahnen. Für die Frage, wo und wie wir diesen Wandel konkret gestalten können, konnten die Teilnehmer*innen viele neue Impulse mit nach Hause nehmen.

Stephanie Wild,

Netzwerk solidarische Landwirtschaft

Die nächste Tagung des Netzwerks und die Mitgliederhauptversammlung sind für den 10. bis 12. November 2017 in der Nähe von Kassel geplant.

GVO-freier Zucker

Immer mehr große Süßwarenhersteller in den USA wollen für ihre Produkte keinen Zucker mehr aus gentechnisch veränderten (GV) Zuckerrüben. Damit reagieren sie auf die steigende Nachfrage nach „nicht-GVO“-Produkten. Aktuell sind die in den USA angebauten Zuckerrüben fast alle gentechnisch verändert, deshalb steigt die Nachfrage nach Zuckerrohr oder importiertem Rübenzucker. Der Zuckerhersteller Amalgamated Sugar im US-Staat Idaho hat 15 Prozent seiner Kunden verloren, da u.a. große Unternehmen wie Hershey, Danone und Del Monte auf die Wünsche der US-Verbraucher reagieren, die immer stärker gentechnikfreie Lebensmittel nachfragen. Eine Rückumstellung auf gentechnikfreie Zuckerrüben ist aktuell schwierig, da es auf dem US-Markt kein entsprechendes Saatgut mehr gibt. Ca. 70% der Herbizidresistenten GV-Zuckerrübensorten in Nordamerika vermarktet die deutsche KWS Saat AG. av

Linsen und Regionalität

AbL Baden-Württemberg schaut durch besondere Linsen

Das Thema der diesjährigen Frühjahrs-tagung und MV in Baden-Württemberg hieß: „Qualität und Regionalität, Strategien für die betriebliche Existenzsicherung?!“ Aus der Praxis stellte Franz Häußler die Erfolgsgeschichte der Erzeugergemeinschaft der Alb-Leisa vor und die Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Friedlinde Gurr-Hirsch (CDU) berichtete zur Landespolitik. Angefangen mit den Alb-Leisa auf der schwäbischen Alb hat 1985 der Visionär Woldemar Mammel. „Leisa“ sind im Hochdeutschen Linsen. Nach und nach bauten aufgrund der hohen Nachfrage immer mehr Bio-Höfe die Hülsenfrucht an und gründeten die Öko-Erzeugergemeinschaft Alb-Leisa. Parallel dazu waren die Bauern auf der Suche nach den alten regionalen Linsensorten. Fündig wurden sie 2006 in der Wawilow-Saatgutbank in St. Petersburg (Russland). „Die Russen haben uns das Saatgut einfach geschenkt, das hat mich sehr beeindruckt“, berichtete Häußler. Nach einer aufwendigen Vermehrung konnten die alten Alb-Leisa-Sorten nach fast einem halben Jahrhundert erstmals wieder verkauft werden. Häußler erzählt, dass diese Sorten sofort mit einer sehr festen Konsistenz und einem nussigen Geschmack überzeugten. Mittlerweile werden von 80 Bauern auf 250 ha Alb-Leisa angebaut.

Die Produktpalette der Erzeugergemeinschaft hat sich im Laufe der Zeit erweitert: um Buchweizen (Nudeln), Leindotter (Öl), Linsenmehl und Alb-Leisa-Schweine, die bekommen den Linsenausputz als Sojaersatz. Und es gibt einen Laden, „eine Pilgerstätte“, wie Häußler sagt, „denn die Menschen brauchen einen Ort, wo sie die Produkte direkt vor Ort kaufen können“.

Entwicklungsland Deutschland

Eben jener Visionär der Alb-Leisa, Woldemar Mammel, berichtete im Anschluss über die Initiative des „Genbänkle“. Das „Genbänkle“ wurde als Idee einer On-Farm-Erhaltung der Sorten auf unterschiedlichen Bauernhöfen gegründet. Da die bäuerliche Züchtung von Nutzpflanzen quasi nicht mehr vorhanden sei, so Mammel, sei die Nahrungspflanzenzüchtung eingengt auf wenige Zuchtlinien. Das Genbänkle soll als Netzwerk zum Austausch unter bäuerlichen Erhaltern von Sorten aufgebaut werden. So etwas gebe es bereits in Österreich. „Deutschland ist in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland“, meinte Mammel. Die Idee ist, Schau- und Lehrgärten sowie Vielfaltsgärten und Tauschmärkte zu etablieren. Millionen Euro flössen jährlich in die industrialisierte Hybridsortenzüchtung, erwähnte Mammel, das Genbänkle bekam vom

Ministerium im letzten Jahr 8.000 Euro, die im zweiten Jahr zwar wieder bewilligt wurden. Ausreichend, um eine halbe Arbeitsstelle dafür zu schaffen, ist das Geld jedoch nicht. Dabei brauche das Genbänkle Festangestellte, so der Rat der Arche Noah aus Österreich.

Rolle rückwärts

Die Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch, die im Anschluss an Woldemar Mammel als Rednerin sprach, bestätigte ihre Unterstützung für die Arbeit des Genbänkle. Weiter berichtete sie, dass die Tendenz zur Aufgabe der Höfe im Ländle weitergehe. Wenn neue Betriebe entstünden, dann laut Gurr-Hirsch im Bereich Tierhaltung. Die betrieblichen Förderobergrenzen des Agrarförderung – einge-

führt vom grünen Amtsvorgänger – wurden vom Ministerium aufgehoben und das Volumen von 750.000 wieder auf 1,5 Mio. Euro erhöht. Man wolle die Betriebe, die wachsen wollten, nicht bremsen, so Gurr-Hirsch. Für Regionalität und Qualität durch Regionalität sei es dennoch eine gute Zeit, meinte die Staatssekretärin. Es gehe darum, sich von anderen Gebieten abzuheben, und es gehe darum, dem Verbraucher Geschichten zu den Produkten erzählen zu können. Zum Abschluss sagte Frau Gurr-Hirsch, dass dieser Standort nur mit einer starken Landwirtschaft überleben könne und sprach sich in der anschließenden Diskussion für eine Kappung der Direktzahlungen aus.

Bigi Möhrle,
AbL Baden-Württemberg



Engagierte Debattierinnen in Ba-Wü

Foto: Möhrle

Schlachtung am Hof und Forderungen für Brüssel

Mitglieder der AbL aus Hessen und Rheinland-Pfalz treffen sich zur gemeinsamen Tagung im Taunus

Nach einer kurzen Begrüßung der ca. 60 Teilnehmer durch den Vorsitzenden der AbL Hessen, Reinhard Nagel, übergab dieser an den AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen. Wohl keinesfalls selbstverständlich, ihm aber ein großes Anliegen, war der Geschäftsbericht, den Georg Janßen auf dieser wie auch auf allen anderen Wintertagungen der AbL-Landesverbände persönlich vorstellte. Vielfältigste Aktivitäten laufen auf Bundesebene. An manchen, wie beispielsweise der Bundesmitgliederversammlung, hat man selbst teilgenommen oder man hat sie, wenn man selbst es nicht zur Wir haben-es-satt!-Demo nach Berlin schaffte, doch über die Medien wahrgenommen. Unsichtbar bleiben jedoch die vielen Stunden, Tage und Wochen der Vorbereitung, die Janßen hier auch nur kurz anreißt. Aktivitäten gibt es

aber auch bei der Interessengemeinschaft Nachbau, die zum wiederholten Male mit ihren Klagen vorm Bundesverfassungsgericht steht. Noch immer sind die Milchpreise keineswegs auskömmlich und vor allem gibt es keine strukturellen Änderungen, die verhindern würden, dass es erneut zu einem extremen Preisverfall kommt. Neben dem Umbau der Tierhaltung sind es auch weiterhin die Gentechnik und die anstehende Übernahme von Monsanto durch Bayer, die auch auf Bundesebene zu den zentralen Aufgaben gehören.

Von der Weide auf den Teller

Welche Möglichkeiten bestehen, damit man Tieren den unnötigen Transport in mehr oder minder weit entfernte Schlachthöfe ersparen kann, darüber berichtete Hans Jürgen Müller. „Transport und fremde Umgebung vor dem Schlach-

ten stressen die Rinder und führen zu schlechterer Fleischqualität, deshalb wollen wir einen Teil des Schlachtens, das Töten, auf dem Hof ermöglichen und dann den Tierkörper zur weiteren Bearbeitung in den Schlachtbetrieb bringen“, so der Rinderhalter und Vorsitzende des Verbandes der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung. Was bisher nur in wenigen Ausnahmefällen, unterstützt von engagierten Veterinären vor Ort, möglich ist, will Müller gemeinsam mit anderen Landwirten, mit Metzgern, Veterinären und der Universität Kassel in der vom Land und der EU geförderten Gruppe „Extrawurst“ untersuchen. Bisher ist einer der zentralen Hinderungsgründe, dass die Tötung und Schlachtung im Schlachtbetrieb stattfinden muss. Eine Lösung bieten sogenannte Tötungs- oder Ausblutungsboxen bzw. -hänger, wenn sie als mobiler Teil des Schlachthofs ak-

zeptiert werden.

Extra aus dem südlichsten Teil Deutschlands angereist war Gertraud Gafus, um das von ihr maßgeblich mitentwickelte Modell für eine zukünftige EU-Agrarförderung vorzustellen. Das neue Modell bewertet die Betriebe nach ihren Strukturen. Einflussgrößen sind die Tierzahl insgesamt und pro Hektar, die Schlaggröße, die Fruchtfolge. Auch das Tierwohl fließt über eine Bewertung der Stallform mit ein, erläutert Gafus. Das neue System würde ermöglichen, die Qualitäten bäuerlicher Betriebe, des Tierschutzes und der Biodiversität zur Grundlage der Vergabe von EU-Fördermitteln zu machen. Auch wenn es ein weiter Weg ist, so Gafus, bis derartige Ansätze sich in der EU-Gesetzgebung niederschlagen, so sei es doch der richtige Weg, da nur so bäuerliche Betriebe erhalten werden könnten.

Ohne Glyphosat

Aus der Sicht eines Ackerbauern

Glyphosat ist der weltweit am meisten verwendete Wirkstoff aller synthetischen Pflanzenschutzmittel. Fast eine Million Tonnen werden jedes Jahr ausgebracht, mit steigender Tendenz. Aber es bilden sich mehr und mehr Resistenzen, das System ist ausgereizt. Hinzu kommt, dass multinationale Agrarkonzerne große Teile ihrer verheerenden Marktmacht auf der gentechnischen Manipulation von Pflanzen aufgebaut haben, um diese zum Beispiel resistent gegen den totalherbiziden Wirkstoff Glyphosat zu machen. Das wiederum bedeutet, dass ein etwaiges Verbot dieses Wirkstoffes die Agrarindustrie eines ihrer lukrativsten Kombiprodukte berauben würde. Ein Schelm, wer denkt, dies könnte einer der Gründe sein, warum Glyphosat trotz seiner schädlichen Wirkung auf Umwelt, Tier und Mensch noch immer zugelassen ist. Aus unterschiedlichen Gründen gibt es bei Bäuerinnen und Bauern schon lange ein Nachdenken darüber, auf den Wirkstoff Glyphosat gänzlich zu verzichten und sich damit von einer Ackerbaustrategie mit Totalherbiziden zu verabschieden, oder seine Verwendung zumindest stark einzuschränken. Hierzu sollen im Folgenden einige Anregungen gegeben werden.

Wettbewerbsvorteile schaffen

Erfolgreiche ackerbauliche Methoden fußen immer auf dem gesamten Zusammenhang von Boden, Bodenleben, Pflanzenwachstum (Wurzel und Spross!) sowie dem oberirdischen Leben von Tier und Mensch. Der gewünschten Kultur, der Art, die wir als Lebensmittel oder Futter ernten wollen, sollten wir einen „Wettbewerbsvorteil“ verschaffen und sie pflegen und stärken, ohne aber andere Arten im gesamten System komplett zu vernichten. Konkret am Beispiel der Saatbettbereitung heißt das, den zeitgleich keimenden Samenpflanzen ungünstigere Bedingungen zu hinterlassen als der Kultur selbst: In Pflug- oder Mulchsaat schaffen wir eine zu trockene oder zu lockere Umgebung zur Keimung der Beikräuter, in der Direktsaat ein eher zu festes, zu kaltes oder zu nasses Milieu. Die Kultur selbst jedoch wird in ihr optimales Saatbett gelegt, damit sie einen zeitlichen Wachstumsvorsprung erlangt und eine bessere Vitalität mitbekommt als die „Wettbewerber“. Auch der weitere Weg der Wurzel in den Unterboden muss, gegebenenfalls

für die Kultur spezifisch, aber in jedem Fall ohne Horizonte, Sohlen oder Dichtlagerungen erfolgen. Weitere Wettbewerber unserer Kultur sind Wurzelunkräuter wie Distel, Ampfer, Quecke oder Knöterich. Diese bilden in unterschiedlicher Tiefe Rhizome aus, um ihre Reservestoffe zu speichern und später wieder daraus zu wachsen und sich zu verbreiten. Sie profitieren von Bedingungen, die für die meisten übrigen Pflanzen Nachteile bedeuten, z. B. Verdichtungen oder Horizonte, unter denen ihre Rhizome gedeihen oder tief liegende Nährstoff- und Wasservorräte, die sie auf Grund ihres Habitus besser erreichen können. Diese Spezialisten können mit Totalherbiziden nur „kosmetisch“ unterdrückt bzw. oberflächlich niedergehalten werden, daher müssen hier ohnehin ackerbauliche Methoden genutzt werden, um deren Konkurrenzkraft zu schwächen. Dies bedeutet in erster Linie, dass ein Bodenleben und Wurzelwachstum etabliert werden müssen, die einen durchgängig garen und durchwurzelbaren Boden schaffen, der Wasser und Nährstoffe aufnehmen und speichern kann.

Die wichtigsten Parameter

A) Eine vielfältige Fruchtfolge: Sie sollte eine möglichst durchgehende Durchwurzelung aller Bodenschichten mit möglichst vielen verschiedenen Arten und unterschiedlichen Wurzelsystemen ermöglichen. Diese stellen verschiedene Ansprüche an den Lebensraum und durchwurzeln so den gesamten Boden. Dieser Konkurrenzdruck kann die Rhizome von Wurzelunkräutern an der weiteren Ausbreitung hindern.

B) Ein möglichst ganzjähriger Bewuchs des Wurzelraumes durch Einsatz von Zwischenfrüchten und Untersaaten sowie durch geschickten Wechsel von kurz nacheinander passenden Kulturen, um keine „Erholungsphase“ für die Rhizome zu haben.

C) Beweidung der Ackerflächen oder Ackerfutterbau (z. B. Klee gras), um über die Parameter A und B hinaus die Reservestoffe aus den Rhizomen durch häufige Mahd bzw. Verbiss zu erschöpfen. Eine abgemähte oder abgeweidete Pflanze wird Reservestoffe aus ihren Rhizomen auslagern und in neuer, oberirdischer Pflanzsubstanz verbauen. Eine mehrfache Wiederholung dieses Prozesses schwächt die Unkrautpopulation erheblich.



Stoppelbearbeitung muss nicht chemisch sein

Foto: Lemken

D) Eine optimale Bodenbearbeitung und schonende Behandlung unseres wichtigsten bäuerlichen Produktionsfaktors, des Bodens.

spätere Verdichtung der zu lockeren Bodenschichten durch Befahren mit schwerer Technik besteht.

Horizontaler Schnitt

In der Praxis lässt sich eine nachhaltige Förderung des Bodenlebens und Schonung des Bodens allgemein am besten mit pfluglosen, konservierenden Verfahren der Bodenbearbeitung erreichen. Um die Rhizome oben beschriebener Wurzelunkräuter grundlegend zu bekämpfen, müssen sie als Ganzes flach „ausgegraben“ werden, um an der Oberfläche zu vertrocknen und aus den tieferen Schichten immer wieder zum vegetativen Wachstum angeregt werden, um ihre Reservestoffe zu verbrauchen. Keinesfalls sollten die waagrecht wachsenden Rhizome senkrecht geteilt und damit vermehrt werden. Dieser ackerbauliche Fehler wird leider mit Scheibeneggen oder Fräsen gemacht. Es sollte immer waagrecht komplett abgeschnitten werden, um die Wurzelunkräuter am erneuten Einlagern von Reservestoffen zu hindern. Dieser horizontale Schnitt lässt sich nur mit geeigneter Grubbertechnik realisieren, die in der Lage ist, sehr flach und komplett waagrecht zu arbeiten. Nur mit der Arbeit auf festem Boden, wie bei der konservierenden Bodenbearbeitung, ist dies möglich, da ein sauberer, waagrechtlicher Schnitt einen „Gegenhalt“ benötigt. Hier wird bei jeder Maßnahme (z. B. bei der Stoppelbearbeitung) mit einem geeigneten Grubber in wachsende Tiefe gearbeitet, um immer neue Rhizome oben zum Vertrocknen abzulagern. Die wendende Bodenbearbeitung mit dem Pflug wirkt gegen Wurzelunkräuter weniger nachhaltig, da einerseits die oberen Rhizome wieder vergraben bzw. „eingepflanzt“ werden, andererseits eine große Gefahr der Horizontbildung durch Pflugsohlen oder

Billiges Glyphosat

Häufig wird durch die Lobby der Agrarindustrie, die Totalherbizide verkaufen möchte, angeführt, ein Verzicht auf diese Pflanzenschutzmittel bedinge zwangsläufig den erneuten jährlichen Umbruch mit dem Pflug von bisher in Mulchsaat geführten Beständen, mit den bekannten negativen ökologischen Folgen. Diese Behauptung ist mit ausreichend fundiertem, ackerbaulichem Fachwissen nicht haltbar. Aus ökonomischer Sicht wird der Landwirtschaft außerdem suggeriert, der Einsatz des – zugegebenermaßen sehr billigen – Glyphosats würde Kosten sparen. Das mag kurzfristig stimmen, da zunächst weniger Arbeitsgänge nötig sind. Angesichts der unkalkulierbaren Risiken für Mensch und Natur sowie Folgekosten, z. B. wegen verunreinigten Grundwassers, wirkt diese Aussage eher zynisch bis verantwortungslos. Außerdem werden die positiven Effekte eines sorgsam und gewissenhaften Ackerbaues diese Mehrkosten durch den besseren Zustand des Bodens und ein Vielfaches an Bodenleben bei weitem übertreffen. Im pfluglosen Bioanbau, der in dieser Richtung sehr viel weiter denken muss, konnten diese Schritte entwickelt und erfolgreich getestet werden. Wenn sie zum Ackerbau ohne jegliches Pflanzenschutzmittel geeignet sind, werden wir eine Vermeidung von Glyphosat leicht realisieren können. Wer also die ange deuteten Schritte im Ackerbau gehen möchte, ist weiter auf dem Weg zur nachhaltigen und bodenschonenden Arbeitsweise. Dazu sind alle Bäuerinnen und Bauern herzlich eingeladen.

Jan Wittenberg,

AbL-Bundesvorstand und Bio-Ackerbauer in Niedersachsen

Ein Freund der Erde, der Umwelt und der Bauern

AbL gratuliert Hubert Weiger zum 70. Geburtstag

Bauernhöfe in der Stadt

In Thüringen haben sich zehn biologisch wirtschaftende Familienbetriebe zusammengetan und einen Erzeugerladen in der Erfurter Innenstadt mit dem Slogan „regional, handwerklich, fair – direkt vom Bauernhof“ eröffnet. Alle angebotenen Produkte stammen –soweit möglich– von bäuerlichen Familienbetrieben aus Thüringen. Die Gewinne aus dem Laden gehen zurück an die Höfe, was diesen ein auskömmliches Einkommen ermöglicht – wo schon hatten die Verbraucher bislang die Möglichkeit, zum Beispiel Milchprodukte zu kaufen, bei denen nicht nur die Qualität stimmt, sondern der gezahlte Preis auch tatsächlich bei den Erzeugern ankommt? Kaum, sonst hätten nicht so viele Milchbetriebe während der letzten Milchkrise ihre Tore schließen müssen. Die Betriebe sind Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland (AbL), die jeden 2. Dienstag im Monat alle an bäuerlicher Landwirtschaft Interessierten zum Stammtisch ein – von nun an im neuen Erzeugerladen mit leckerem Essen von unseren Höfen.

Reiko Wöllert

www.erzeugerladen.de

Lieber Hubert Weiger, als einer der prägendsten Personen der Nichtregierungsorganisationen in Deutschland kannst Du am 21. April 2017 Deinen 70. Geburtstag feiern. Während viele Menschen in diesem Alter sich längst in den verdienten Ruhestand verabschiedet haben und das politische Geschehen mit Abstand betrachten, bist Du weiter unermüdlich im Bundesgebiet und in der Welt unterwegs. Deine kräftige, überlegte Stimme für die Umwelt, die Natur, die Tiere, das Weltklima, die Nachhaltigkeit, aber auch und gerade für die bäuerliche Landwirtschaft hat nicht nur mahnenden Charakter. Sie rüttelt Menschen auf, um je nach Kräften für eine lebenswerte Zukunft unserer Erde aktiv zu werden. Das ist oft unangenehm für die Verantwortlichen in der Politik. Du arbeitest politische und wirtschaftliche Interessen heraus, „filetiert“ sie geradezu, weil so manches Tun, z. B. die Förderung der Atomenergie, katastrophale Folgen für Umwelt und Zivilgesellschaft hat.

Du gibst keine Ruhe, bleibst dabei nicht bei Vorwürfen des Versagens stehen, sondern bietest immer auch Hilfe bei der Erarbeitung von Lösungen zur Veränderung an. So bist Du schon seit Jahrzehnten aktiver „Pate“ beim NEULAND – Programm, bei der Upländer Bauernmolkerei oder bei der Plattform für eine gesellschaftlich akzeptierte EU-Agrarpolitik. Seit 10 Jahren bist Du Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Viele in der AbL haben Dich als flotten 40 Jährigen kennengelernt, weil Du mit der AbL maßgeblich an der „Aachener Erklärung“ von 1987 mit dem Titel „Bauern und Verbraucher für neue Agrarpolitik“ beteiligt warst – die Anfänge eines



Naturschutz und Landwirtschaft gehören zusammen. Hubert Weiger beim Start der Bauernsternfahrt 2011 am Auerberg im Allgäu
Foto: Jasper

neuen gesellschaftlichen Bündnisses für die Landwirtschaft. Seitdem hast Du auf sehr vielen Veranstaltungen und Kundgebungen landauf und landab immer wieder Dein Herzblut für Bäuerinnen und Bauern, für die bäuerliche Landwirtschaft zum Ausdruck gebracht und den harten Kampf gegen die Agrarindustrie aufgenommen. Du verbindest die Sicherung unserer Lebensgrundlagen, das Aussterben der Arten, den Kampf gegen Gentechnik und Massentierhaltung und für den Klimaschutz immer auch mit dem Kampf für den Erhalt bäuerliche Höfe. Du gehst bei Großde-

monstrationen mit auf die Straße, um den Druck auf die Politik zu verstärken, sich nicht zum Büttel der agrarindustriellen Interessen zu machen. Du erinnerst uns, dass alle ihre Verantwortung für die Zukunft wahrnehmen müssen.

Im Namen der AbL sagen wir Dir „Danke“, wünschen Dir ein paar Trecker mit Anhänger voll beladen mit bester Gesundheit und freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Martin Schulz und Georg Janßen
i.A.d. AbL-Bundesvorstand

Patentstreit um CRISPR

Seit Monaten streiten am US-Patentgericht zwei Forschungseinrichtungen um das Patent auf die Gen-Schere CRISPR/Cas 9. CRISPR gehört zu den neuen Gentechnik-Verfahren. Die beiden Forscherinnen Jennifer Doudna von der University of California in Berkeley und Emmanuelle Charpentier, die heute am Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie in Berlin forscht, gelten als Entdeckerinnen der Gen-Schere CRISPR/Cas 9. Im Mai 2012 hatten sie in den USA ein Patent auf ihre Entdeckung angemeldet. Im Dezember des gleichen Jahres stellte das Broad Institute ebenfalls einen Patentantrag, der im Eilverfahren akzeptiert wurde. Das Institut stützte sich dabei auf Arbeiten von Feng Zhang, der die CRISPR-Methode erstmals auf menschliche Zellen übertragen hatte. Das US-Patentamt hatte im Frühjahr 2014 dem Broad Institute das Patent erteilt – statt den beiden Entdeckerinnen des Prinzips. Daraufhin reichte die University of California Klage dagegen ein. Die Begründung: Der Schritt von Bakterienzellen zu Eukaryoten bedürfe keiner erfinderischen Tätigkeit und sei daher nicht gesondert patentierbar. Ende Februar hat das US-Patentgericht diese Klage abgewiesen. In der Urteilsbegründung heißt es dazu: „Die Argumente des Broad Institute haben uns überzeugt, dass die Inhalte beider Patentanträge voneinander verschieden sind und daher patentierbar.“ Bislang ist offen, ob die University of California Beschwerde gegen dieses Urteil einlegen wird. av

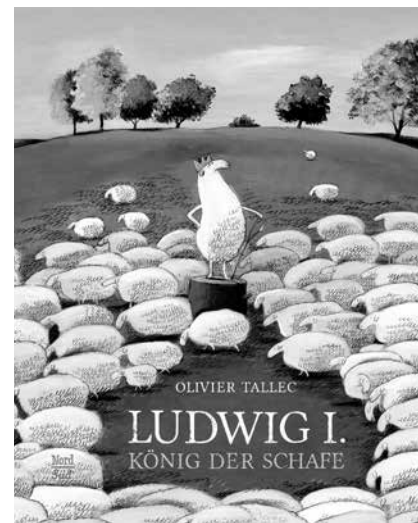
Ludwig I., König der Schafe

Ein Windstoß beschert Ludwig dem Schaf ganz unverhofft eine blaue Krone. Nach dem Motto „Kleider machen Leute“ beginnt er, der sonst wie alle anderen Schafe der Herde seine Tage ruhig mit Grasern verbracht hatte, würdevoll herumzustoziern. Er ist jetzt Ludwig I., König der Schafe. Eine Aufgabe, die ernst genommen werden muss. Nach und nach benimmt er sich wie ein Herrscher. Er lässt die Schafe

aufmarschieren und richtet hie und da das Wort an seine Untertanen. Nur die schönsten Schafe dürfen in seinem Dunstkreis grasen. Doch eines Tages fegt ein heftiger Sturm übers Land. Und siehe da, aus Ludwig I. wird wieder Ludwig das Schaf. Und am Horizont taucht blau gekrönt ein Wolf auf. Eine lustig bebilderte Geschichte, bei der man erstaunt die Verführung von Macht erlebt, deren Vergänglichkeit

sieht und sich fragt, warum keines der Schafe kritisch nachfragt oder einfach nicht mitmacht – spätestens beim Wolf wäre Widerstand angebracht. cw

Olivier Tallec: Ludwig I., König der Schafe; aus dem Französischen von Thomas Bodmer. NordSüd Verlag 2015, Bilderbuch, ab 5 Jahren, 40 Seiten, 14,99 Euro, ISBN: 978-3-314-10308-7, zu beziehen über den Abl-Verlag



Kuhquartett

In diesem schön gefertigten Kartenspiel können die Mitspieler nach den ihnen fehlenden Karten für ein Quartett fragen – oder im Stile von Autoquartetts ihre Kühe vergleichend gegen einander antreten lassen. Dabei spielt ganz im Sinne langlebiger Kühe und Erzeugung von Qualitätsmilch das Al-

ter in Monaten, die Anzahl Kälber, die Lebensmilchleistung und und der Fettanteil je Melkperiode eine Rolle. Die Kühe zeigen sich jeweils im Portrait und mit Namen; als Quartett sind jeweils vier mit dem selben Vater zugeordnet. cw

Kuhquartett, 28 Karten à 7 x 10,8 cm, in schwarzem oder grünem Leder eingeschlagen mit Magnetverschluss, formbilderladen.de, 29,50 Euro

Das ist mein Hof

Als Journalist ist der Niederländer Chris de Stoop um die ganze Welt gereist, aber als sein Bruder stirbt, kehrt er für eine Übergangszeit nach Hause auf den Hof der Familie zurück. Oft hatte er seinen Bruder von den Schwierigkeiten eines kleinen bäuerlichen Familienbetriebs berichten gehört. Die Zeit auf dem Hof nutzt er, um genau hinzuschauen und zu hören, wie sich das Leben auf dem Land verändert – und ein Buch über seine Beobachtungen und Gespräche zu schreiben. Weil er seine ganze Kindheit in der Poldergegend verbracht hat und viele

Menschen dort als Nachbarn kennt, wird er einbezogen und kann einfühlsam Einblicke und Gedanken schildern – mit der ganzen Vielfalt derjenigen, die an den Orten und Flächen als ihrer Heimat hängen.

Das Buch ist nicht zuletzt auch eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Strömungen von Naturschutz und dem indirekten Einfluss von Industriewachstum. Die einen versuchen innerhalb der Kulturlandschaft und mit den dort lebenden Menschen Umweltschutz zu gestalten. Andere entziehen auf Grundlage von Ausgleichsaufgaben

für die Hafenindustrie Flächen dem Einfluss menschlicher Nutzung, um sie zu Biotopen umzuwandeln und zu konservieren. Dafür scheint in den Niederlanden sogar die Enteignung kleinerer Dörfer möglich zu sein. cw

Chris de Stoop: Das ist mein Hof. Geschichte einer Rückkehr; aus dem Niederländischen von Birgit Erdmann. S. Fischer Verlag 2016, 320 Seiten, gebunden, 23,00 Euro, ISBN: 978-3-10-002545-6, zu beziehen über den Abl-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe □ 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € □ □ 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein Abl Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim Abl-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

Abl Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, Abl Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 Anzeigenschluss für BS Mai ist der 20.04.2017. Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Atommüll in Asse II darf nicht geflutet werden!

Unterschreib hier gg. gepl. Verfüllmaßnahme:

kurzlink.de/keine-asseflutung

Mehr Infos: www.asse-watch.de/petition

A. Riekeberg, Asse II-Koordinationskreis



Frühjahrstagung AbL Niedersachsen/Bremen

26.03.2017, 10.00 – 16.00 Uhr

„Der Wolf, die Gans, der Hof. Wie kann das gehen?“

Koexistenz Wildtiere und Landwirtschaft.

Wer braucht welchen Schutz?

- Wolf und Weidehaltung, Frank Fass, Wolfcenter Dörverden
- Wildgänse und Grünland, Helmut Kruckenberg, TourNatur
- Statement, Stefan Wenzel, nieders. Umweltminister
- Fragen und Diskussion

- 14.00 Uhr Mitgliederversammlung

Berichte aus der Bundes- und Landesarbeit der AbL, Vorstandswahlen

Ort: Im Landgasthof zur Linde, Thedinghauser Straße 116, 27283 Verden
Unkostenbeitrag: 25 €, Anmeldungen und Infos:
info@abl-niedersachsen.de, oder Tel.: 0421-68430906

Kommt zur jAbL-Sommertagung!



Agrarökologie lernen - Praktische Ansätze

26. bis 28. Mai 2017
in Cobbel bei Tangerhütte

mit spannenden Diskussionen und Workshops zu den Themen
Zweinutzungshuhn, Open Source Agrartechnik, Agroforst und
Arbeitsbedingungen in der bäuerlichen Landwirtschaft

Nähere Informationen bald unter www.junge-abl.de und in der nächsten Bauernstimme.



Tag der Landwirtschaft AbL Mitteldeutschland

08. 04.2017, 9.00 - 17.00 Uhr

Bäuerliche Landwirtschaft in Thüringen ermöglichen!

- Grußworte und Diskussionsteilnehmer:
Michael Grolm, Vorsitzender AbL Mitteldeutschland
Dr. Klaus Wagner, Präsident Thür. Bauernverband e.V.
Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer AbL e.V.
Dr. Frank Augsten, Präsident Thür. Landesanstalt f. Landw.
Christian Meyer, Landwirtschaftsminister Niedersachsen
- Buchvorstellung: „Landwende“ von Michael Beileites
- Neues aus Thüringen für bäuerl. Betriebe, Reiko Wöllert
- Mitgliederversammlung
- Bauernfrühstück, Mittagessen, Bauernkaffee
- Vorstellung verschiedener regionaler Initiativen und vieles mehr!

Ort: Kulturzentrum mon ami, Goetheplatz 11, 99423 Weimar

Anmeldung zwecks Essensplanung bis 31.03.2017 an:

Tel.: 0171 - 42 08 443 oder mitteldeutschland@abl-ev.de

Ausführliches Programm und Information:

<http://abl-mitteldeutschland.de/wordpress/termine-und-veranstaltungen>

Veranstaltungen

Regionalgruppe Bayrisch-Schwaben

26.03.2017, 11.00 Uhr

Die Milch, die Kuh und ihre Hörner

Vortrag von Demeter-Bäuerin
Susanne Schwärzler
Weitere Themen u.a.:
AbL-Modell zur GAP,
Agrarsozialwahl,
Aktivitäten in der Region
Ort: Gasthof Schafitzel, Weiher-
brunnenstr. 1, 89434 Blindheim



Regionalgruppe Erding-Ebersberg

05.04.17, 19.30 Uhr

Für das Recht auf Nachbau der Streit mit der Saatgut-Treuhand

Referent: Georg Janßen
Geschäftsführer der
AbL und IG Nachbau
Anschließend
Mitgliederversammlung
und Neuwahlen

Ort: Gasthaus Neuwirt,
Spatenweg 7, 85669 Pastetten

Jahreshauptversammlung der Landwirte im Nebenberuf, Landesverband Bayern

01.04.2017 um 9.45 - 16.15 Uhr

- Eröffnung und Begrüßung, Karl Fuchs
- Agrarpolitik aus Bayern, Neuerungen - Förderungen
Referent: Ministerialrat Anton Dippold,
Landwirtschaftsministerium München
- Mittagessen
- Sozialwahlen, Vertreter für die Idw. Berufsgenossenschaft
sowie Neuerungen zu den Sozialversicherungen
- Tätigkeits- und Kassenbericht für 2016
- Lehrfahrt 2017
- Neuwahl der Vorstandschaft.

Ort: Gasthaus-Hotel zur Post
in Schönberg - Bayerischer Wald

Bayerischer Landesverband der
Landwirte im Nebenberufe e.V.



Tierhaltung

27.03.2017, 19.00 Uhr, Güstrow
Tierhaltung zwischen Landwirt-
schaft und Industrie - Präsen-
tation einer aktuellen Diskussions-
hilfe der Nordkirche.

Ort: Haus der Kirche „Sibrand Siegert“,
Grüner Winkel 10, 18273 Güstrow

AbL Bauer unser

05.04.2017, 18 Uhr, Ochsenfurt
Verbraucherinfo und Verkos-
tung zum Thema: nachhaltige
Lebensmittel, 19 Uhr Film „Bau-
er unser“, mit anschließender
Diskussion.

Casablanca Kino, Wagstrasse 4 a,
97199 Ochsenfurt

Agrarministerkonferenz

29.-31.03.2017, Hannover

AbL Bauernwallfahrt

02.04.2017, 11.30 Uhr, Altötting
Ausführliche Information s. S. 23.

AbL Nachbau

04.04.2017, 20 Uhr, Hirschhorn
Für das Recht auf Nachbau - der
Streit mit der Saatgut-Treuhand.
Referent: Georg Janßen, Bun-
desgeschäftsführer der Arbeits-
gemeinschaft bäuerliche Land-
wirtschaft und der IG Nachbau
Landgasthof Freiling, Dorfplatz 7,
84329 Hirschhorn

Green Care

05.04.2017, 10 - 17 Uhr, Lübeck
Die Tagung gibt einen Überblick
über Initiativen und Fachrich-
tungen, wie z. B. die Soziale
Landwirtschaft, Bauernhofpäd-
agogik, Gartenherapie, Tierge-
stützte Therapie und Pädagogik
oder Therapeutisches Reiten.
Außerdem werden die jewei-
ligen Aus- und Weiterbildungs-
möglichkeiten vorgestellt.

Ort: Jugend-Naturschutz-Hof Rings-
tedtenhof in Lübeck, Anmeldung und
Infos: Landwege e.V. Tel.: 0451-52212
oder über www.vereinlandwege.de

Frauen und Landwirtschaft

4.-6.04.2017 in Schwäbisch Hall
Tagung zum Thema: Frauen be-
wegen Landwirtschaft - Land-
wirtschaft bewegt Frauen. Ziel
der Tagung ist, die Gleichstel-
lung von Frauen und Männern
auf landwirtschaftlichen Betrie-
ben zu fördern. Die Tagung bie-
tet ein Forum mit breitem Wis-
sens- und Erfahrungsaustausch
für all jene, die sich mit der Si-
tuation der Frauen in der Land-
wirtschaft im deutschsprachigen
Raum befassen.

Infos und Anmeldung: Evang. Bauern-
werk, Veronika Grossenbacher bzw.
Cornelia Klenk, Fax: 07942-107-77, Tel:
07942-107-12,
www.frauen-landwirtschaft.de
frauentagung2017@hohebuch.de

Gentechnik - neue Methoden

25.04.2017, 20 Uhr, Legau,
26.04.2017, 20 Uhr Sulzberg
Was kommt auf uns zu? - Re-
ferentin: Annemarie Volling,
Koordination Gentechnikfreie
Regionen. Im Vortrag wird be-
leuchtet, welche Verfahren dis-
kutiert werden und wie sie zu
bewerten sind. Außerdem erhal-
ten Sie Informationen über ak-
tuelle Entwicklungen im Bereich
Agrogentechnik.

25. April 20 Uhr, Legau, Rapunzel Kino
26. April 20 Uhr, Gasthaus Hirsch,
Sonthofener Str. 4, 87447 Sulzberg

Saatgut als Gemeingut

26.04.2017, 18.00 Uhr, Berlin
Die Open-Source Lizenz als Ant-
wort auf die zunehmende Mo-
nopolbildung bei Saatgut. Eine
Arbeitsgruppe von AGRECOL
- bestehend aus Pflanzenzüch-
tern, Agrarwissenschaftlern und
Juristen - will das open-source
Prinzip für die rechtliche Absi-
cherung von Saatgut unserer
Kulturpflanzen nutzen. Die
Open-Source Saatgut Lizenz
erlaubt die uneingeschränkte
Nutzung von Saatgut und ver-
hindert gleichzeitig seine Priva-
tisierung.

Anmeldung: grotefendtd@forumue.de,
Ort: Magnus-Haus Berlin, Am Kup-
fergraben 7, 10117 Berlin, www.forumue.de/save-the-date-15-zivilgesellschaftliches-aussenwirtschaftsforum/

Auszeit für Frauen

25.-30.04.2017, Rot am See
Tage der Erholung und zukunfts-
orientierter Weiterbildung.

Programm und Anmeldung: Bauern-
schule Hohenlohe,
E-Mail: hartmut.heilmann@t-online.de
Ort: Haus der Musik und Begegnung,
74585 Rot am See - Brettheim

Bayer- Monsanto

28.04.2017, 7.00-11.00 Uhr, Bonn
Aktion zur Aktionärsversamm-
lung der Bayer Aktionäre.

Treffpunkt vor dem Veranstaltungsort:
Conference Center, Platz der Verei-
nten Nationen 2, 53113 Bonn

Vortragstagung - Geflügel -

03.05.2017, 10.00 Uhr, Celle
- der „Gesellschaft der Förderer
und Freunde für Geflügel- und
Kleintierforschung e.V.“

Information: E-Mail: angelika.gaupp@fli.de,
Tel: 05141-3846-102
Ort: Friedrich-Loeffler-Institut, Dörn-
bergstrasse 25/27, 29223 Celle

**HANDEL
VON BAUER
ZU BAUER!**

**Stellen Sie Ihre Erntemengen
in die Warenbörse ein!**

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiwweißfutter-aus-niedersachsen.de

05507
9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln
des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium
für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Bauernwallfahrt nach Altötting

damit ALLE Menschen satt werden

**Sonntag, 02. April 2017 um 11.30 Uhr
Gottesdienst in der Basilika St. Anna**

mit Pfarrer Michael Wittl, Pfarrverband Feichten, Heiligkreuz, Hart, Wald

Anschließend Segnung von Tieren und Heilkräutern durch den Administrator der Gnadenkapelle Stiftsprobst Günther Mandl und Pfarrer Hans-Ulrich Thoma, Evangelische Kirche „Zum Guten Hirten“

Für ein gemeinsames Mittagessen nach der Wallfahrt, ist das Kultur & Kongress Forum in Altötting, Zuccalliplatz 1, 84503 Altötting für die Teilnehmer reserviert

Um 14.15 Uhr: Vortrag im Kultur & Kongress Forum:
„Mehr Bäuerinnen und Bauern braucht die Erde“
Referent: Sepp Braun vom „Freisinger Kreis“



Veranstalter:
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. Bayern
www.abl-bayern.info

Impressum **AbL** unabhängige Bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-presse Druck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 105,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 140,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 50,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 75,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 30,-€ 50,-€ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Vorname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:

Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnied.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;

Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: Mobil: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß, Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und

0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax:08679/914284, Rita Huber,

Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllaggau@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold,

Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,

Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;

Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;

Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092

AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Conflict Kitchen – die Konfliktküche

Liebe geht durch den Magen – zumindest Verständnis zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalität oder Kultur hoffen die Macher der „Conflict Kitchen“ (deutsch: Konflikt Küche) mit ihrer Idee zu erreichen. Mitten im post-industriellen US-amerikanischen Pittsburgh

Besondere ist, dass jede, für einen Zeitraum von mehreren Wochen geltende kulturelle Speisekarte, von einem weiteren Programm begleitet wird. Das Verpackungspapier für das Essen informiert mit kurzen Interviewzitate über Kultur, Politik und Besonderheiten der jeweiligen

seitige Berichte und Vorstellungen hinausgehen. Mit diesem Vorhaben erfahren sie viel Zuspruch, haben aber auch heftige Reaktionen ausgelöst, z.B. während der Palästina Version der Konfliktküche 2014: die USA habe keinen Konflikt mit Palästina, die Zitate enthielten

Die Regierung wird aus unterschiedlichen Gründen kritisch gesehen: „Die jetzige Regierung hat wenig Einfluss außerhalb der Hauptstadt und bleibt an der Macht mit US-Militärunterstützung. Die Afghanen wollen allgemein, dass der Krieg endet, dass die Besatzungstruppen abziehen und dass der Terrorismus aufhört. Erst dann können die Menschen sich daran machen eine zerstörte Nation wieder aufzubauen.“ und „Die aktuelle Regierung ist korrupt und verseucht. (...) Obwohl das derzeitige System gut ist und auf Demokratie basiert, ist es schon krank.“, aber auch: „Sie machen eine verkehrte Sache in Afghanistan. Wir sind Leute des Königtums. Es ist in unserem Blut. Wir hatten König nach König nach König. Und nun versuchen sie Demokratie zu bringen?“

Die abschottende Politik des neuen US-Präsidenten Donald Trump verstärkt die Diskussionen und fordert besonderes Engagement von einer Bewegung, die auf Solidarität, interkulturellen Austausch und integrierende Politik setzt. Das Konfliktküchenteam ist mehr als beschäftigt. Es ist ein anregendes Beispiel, über den eigenen Horizont hinaus zu blicken und in Kontakt mit anderen Kulturen zu kommen, wahrzunehmen, dass es überall unterschiedliche Perspektiven gibt. Wie wäre es mit einer gemeinschaftlichen Kochaktion zu Hause oder im Gemeindefaal? Mit Freunden, Bekannten, nach Deutschland Geflüchteten nach Rezepten aus anderen Teilen der Welt kochen, mit Gesprächen, wie es dort zugeht. So viel, gerade auch Landwirtschaftliches, steckt in der einfachen Frage: Was isst Du eigentlich gerne? Und was verbindet Du damit? Essen ist halt eine politische Handlung. *cw*



Ein Ort mit besonderem, ganz alltäglichem Essen und Gesprächsthemen

Foto: www.conflict-kitchen.org

im Westen des Bundesstaates Pennsylvania betreibt ein Team von insgesamt 19 Leuten seit 2010 eine ganz besondere Imbissbude: Wechselnd werden Gerichte aus der Küche eines Landes oder einer Volksgruppe angeboten, mit denen sich die USA politisch im weitesten Sinne im Konflikt befinden. Bisher standen der Iran, Afghanistan, Kuba, Nord Korea, Palästina und Venezuela im Fokus. Jetzt gerade kann man dort essen, wie bei den Irokesen, einem Bündnis aus sechs indigenen nordamerikanischen Völkern. Das

Fokusregion. Zu Gehör kommen so die Erfahrungen und Meinungen von Menschen, die im jeweiligen Land leben oder von dort in die USA gekommen sind. Die unterschiedlichen Sichtweisen zeigen dabei eine Spanne an Gedanken und sollen zu Fragen und Gesprächen anregen. Hinzu kommen gemeinsame Essens- und Diskussionrunden, Aufführungen, Ausstellungen, Schulkooperationen. Die InitiatorInnen wollen ein Zeichen für ethnische Vielfalt setzen und Einblicke anbieten, die über vereinfachende und ein-

„Anti-Israelische“ Propaganda - es gab Anschlagdrohungen gegen den Imbiss, sodass er zeitweise schließen musste.

So stehen Alltagseindrücke und ganz persönliche politische Einschätzungen bei den Zitaten nebeneinander. Bei der Afghanistan Version der Konfliktküche beschrieb eine Stimme, dass viel Brot aus Weizen in Fladenform, naan, gegessen werde. Der heimische Weizenanbau habe in den mehr als 30-jährigen Kriegs- und Zerstörungsjahren nicht mehr ausgereicht, Importe wurden notwendig.

unabhängige Bauernstimme: Für gesundes Essen

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,90 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30,50 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 17,- € bzw. 34,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221